Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 20 | November 1977 | 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Schluß mit der „Terroristen"-Hatz!

Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd

Der folgende Artikel zu den Aktionen der RAF und der Hexenjagd in der Bundesrepublik, übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 178, dem Zentralorgan der Spartacist League/U.S wurde vor der Entführung der „Landshut" und dem Tod Baaders, Ensslins und Raspes in Stammheim geschrieben. Zu diesen Ereignissen nehmen wir in einer gesonderten Erklärung Stellung (siehe Seite 17). -----

Nach den Attentaten auf Buback und Ponto haben die Herrschenden die Entführung des Präsidenten der bundesdeutschen Unternehmerverbände, des ehemaligen SS-Offiziers Hanns Martin Schleyer, jetzt als *einen weiteren Vorwand* genommen, um die Linke zu kriminalisieren und die „Trockenlegung des geistigen Sumpfes der Anarchisten, der Universitäten" zu organisieren. Der westdeutsche Staat kultiviert eine Bürgerkriegsatmosphäre - samt Sandsäcken, Stacheldrahtverhauen und Grenzschutzpanzern -, als ob es sich um die letzte Verteidigung des Petrograder Winterpalastes oder um den Sturm der Roten Armee auf Berlin 1945 handeln würde. Gleichzeitig versucht er, den „Durchschnittsbürger" zu überzeugen, morgen könne auch er Opfer eines Anschlags oder einer Entführung „genau wie Schleyer" werden. Daß diese massive politische Rechtsentwicklung, diese gelenkte politische Hysterie, seit der Rezession 1974—75 und der Entstehung eines gewaltigen Arbeitslosenheeres (seit drei Jahren über eine Million Arbeitslose) vor sich geht, ist kein Zufall.

Während die bürgerlichen Propagandisten dieses Land durch Radio, Fernsehen und Tonnen von Papier unter dem Kehricht bürgerlicher Moral zu ersticken suchen, schreitet der Staat zur Tat: eine partielle Nachrichtensperre — sprich verschleierte Zensur — über die Schleyer-Entführung ist nur der Anfang. Der Staat ist bereit, seine eigenen Gesetze für null und nichtig zu erklären (wie Bundeskanzler Schmidt es euphemistisch nannte, „bis an die Grenzen dessen zu gehen, was uns der Rechtsstaat erlaubt und gebietet"), sofern es nur der Niederhaltung seiner Gegner dient. Die Regierungskoalition versucht ihr geschwundenes Image aufzupolieren, indem sie um eine knappe Handbreit „respektabler" bleibt als die extremsten Vorschläge der Opposition, die wiederum täglich zügelloser werden. So beschloß der CDU-Bundesvorstand, auf die Einleitung eines Verfahrens zu drängen, die führenden

Fortgesetzt auf Seite 2



Emma Ihrer

maoistischen Organisationen für verfassungswidrig erklären und verbieten zu lassen.

Schmidt genießt sichtlich seine Rolle als „antiterroristischer" Krisenmanager (im Gegensatz zu seiner Rolle als *ökonomischer* Krisenmanager). So verbietet der Staat nach der Schleyer-Entführung jeglichen Kontakt zwischen RAF-Gefangenen und ihren Verteidigern, will in Zukunft auf bloßen Verdacht hin als „Terroristen" suspekte Linke hinter Gitter setzen (Vorbeugehaft), diskutiert die Sicherheitsverwahrung schon bei nur einmal Verurteilten und schließt engagierte Anwälte von der Verteidigung linker politischer Häftlinge aus. Die letzte Errungenschaft der bürgerlichen Klassenjustiz ist die Einführung des Kontaktsperrengesetzes, mit dessen Hilfe alle linken Gefangenen nicht nur voneinander, sondern auch von der Außenwelt (Anwälte, Verwandte) völlig isoliert werden. Wie der *Spiegel* kommentiert: „Der Staat geht in Stellung".

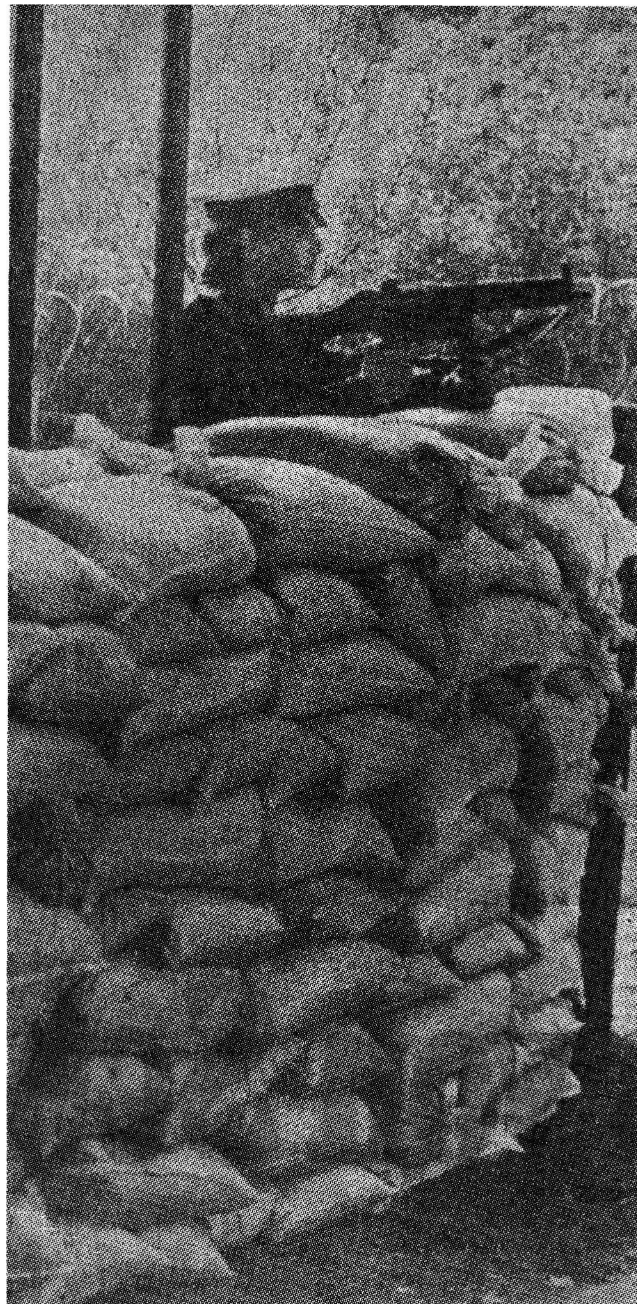
Dem „Anspruch der Bürger auf körperliche Unversehrtheit" (Helmut Kohl am 6. September im Reichstagsgebäude) wird entsprochen durch massiven Ausbau des Spitzelwesens; verstärkte Ausrüstung der Polizei und des allgegenwärtigen Bundesgrenzschutzes, der logischerweise in Bundespolizei umgetauft werden sollte; die Legalisierung des Todesschusses; Hunderte von Berufsverboten; radikale Einschränkung der Verteidigerrechte und Verschärfung der Waffengesetze. Die Bourgeoisie organisiert ihren Terror mit Millionen Mark und Tausenden von zusätzlichen Polizisten. Die Einführung der Todesstrafe lehnt die Bundesregierung vorerst ab, ebenso den in die Debatte geworfenen Einsatz der Bundeswehr gegen „Terroristen", da die Kräfte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zur Jagd auf „Gewaltverbrecher" als vollständig ausreichend erachtet werden. Jedenfalls sind die Sandsäcke und Stacheldrahtverhaue, die Maschinenpistolen und Panzer nicht ein Zeichen, daß Schmidt & Co. vor dem Gedanken an einen gewaltigen Angriff der RAF zittern. Zweck des demonstrativen Ausbaus des Repressionsapparates des bürgerlichen Staates ist es, seine wirklichen Gegner, das Proletariat und diejenigen, die es im Kampf gegen das kapitalistische System führen würden, einzuschüchtern.

Soweit ist es ihnen größtenteils gelungen. Anders als 1966, als die Linke und die Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze auf die Straße gingen, gibt es heute keine Mobilisierung gegen diese Aufrüstung des „starken Staates". Stattdessen unterstützen fette Gewerkschaftsbürokraten eifrig die Maßnahmen „ihrer" Regierung. Aber auch die westdeutsche „Linke" weicht auf voller Front zurück. Linke Opportunisten, von der DKP und der maoistischen KPD (die die RAF als Gangster aburteilt) bis zur pseudotrotzkistischen GIM („Nicht nur die ‚irregeleiteten' Massen verstehen das nicht mehr — wir auch nicht"), kapitulieren vor der Raserei ihrer Bourgeoisie. Auch sie haben ihre Zustimmung zur Hexenjagd gegen die RAF gegeben oder haben sich bestenfalls geweigert, die Opfer reaktionärer Verfolgung zu verteidigen.

Verteidigt die Linke gegen bürgerliche Repression!

Die Spartacist League weicht nicht von ihrer Position ab, die RAF gegenüber dem Wüten der bürgerlichen Repression zu verteidigen. Während wir den individuellen Terror als die Strategie der politischen Verzweiflung, die sie ist, entschieden ablehnen und als eine der mannigfachen, aus der internationalen Führungskrise des Proletariats herrührenden Manifestationen kleinbürgerlicher Frustration bekämpfen, verteidigen wir die gesamte Linke gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates.

Die Entführung Schleyers, wie die Ermordung Bubacks und Pontos, kann von revolutionären Marxisten und klassen-



„Der Staat geht in Stellung."

kämpferischen Militanten in den Gewerkschaften nicht gutgeheißen werden. Solche Akte des individuellen Terrors gegen Repräsentanten der Bourgeoisie tragen nicht zum Sturz des kapitalistischen Systems bei. Im Gegenteil, sie dienen dem kapitalistischen Staat als Vorwand, Angriffe gegen die Linke zu starten. Statt das Proletariat zum militanten Kampf zur Verteidigung seiner Klasseninteressen anzuspornen, verurteilt die Politik des individuellen Terrors die Massen im günstigsten Fall zu passiver Beobachtung aus dem Abseits.

Wir erklären offen, daß die RAF nicht die historischen Interessen des Proletariats repräsentiert; dennoch leugnen wir nicht unser Gefühl der Solidarität mit ihrem Haß gegen den Imperialismus, der sie dazu treibt, blind draufloszuschlagen. Insoweit, wie sie an die Beseitigung der durch den Kapitalismus erzeugten sozialen Unterdrückung glauben, sind unsere Bestrebungen ähnlich. Aber die Aktionen der RAF liegen nicht auf dem Weg zum Sozialismus und stehen im Gegensatz zur proletarischen Revolution.

In der Tat gibt es eine ganze Menge, was an der RAF dubios ist. Obgleich sie ein Zerfallsprodukt der Neuen Linken

ist, stellt sie nicht einfach das exakte deutsche Gegenstück der amerikanischen Weathermen dar, die sich politisch an die Kubaner und Nordvietnamesen anlehnten. Flugzeugentführungen z. B. haben die kubanischen und nordvietnamesischen Stalinisten nicht gutgeheißen. Aber die RAF unterhält offenbar Beziehungen zu der kleinbürgerlich-nationalistischen PFLP und zur „Roten Armee Japans“, deren grauenhafte Methoden bei der Austragung interner Differenzen (Folterung und Ermordung von Oppositionellen) notorisch sind. Wenn diese Strömung an der Macht wäre, würde sie garantiert eine Blutspur, würdig eines Idi Amin, hinterlassen. Und in einem authentisch revolutionär-proletarischen Staat müßten sicherlich Maßnahmen gegen sie wegen ihrer Verbrechen gegen unschuldige arbeitende Menschen ergriffen werden.

Angesichts des monströsen Charakters des bürgerlichen Staates und seiner Verfolgungsmaßnahmen, einschließlich der scheußlichen Behandlung angeblicher RAF-Mitglieder im Gefängnis, fordern wir deren sofortige Freilassung. Aufgrund der jetzt herrschenden extremen Terrorisierung und Einschüchterung der Bevölkerung ist jedoch ein Großteil der westdeutschen Linken in die Falle gelaufen, sich in denunziatorischer Weise von der RAF abzuwenden; sich mit ihr politisch zu solidarisieren, wäre die umgekehrte, aber komplementäre Falle. Auch wenn wir die RAF-Leute nicht gefühlsselig als Genossen umarmen, weigern wir uns, vor unserer Verpflichtung davonzulaufen, sie gegen den kapitalistischen Staat zu verteidigen.

Es ist abstoßend zu beobachten, wie fast die gesamte Linke anläßlich der Entführung Schleyers (der 1938 schrieb: „Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer“) jeden Rest an Verteidigung der RAF aufgegeben hat. Dies ist nicht ein Fall blinden Terrors gegen unschuldige Zivilisten, wie die Geiselnahme des „Schwarzen September“ bei der Olympiade 1972 oder die jüngste Flugzeugentführung der „Roten Armee Japans“. Die Schleyer-Entführung - so töricht, politisch verfehlt und nur Negatives bewirkend auch immer - war nicht ein wahlloser terroristischer Akt gegen unschuldige Individuen, der von der gesamten Linken verurteilt werden müßte und der den Klassencharakter der RAF in Frage stellen würde.

Unzweifelhaft beruhen die Aktionen der RAF auf Haß und Feindschaft gegenüber dem imperialistischen System der Ausbeutung, der Unterdrückung und des Elends. Aus der Tatsache, daß die RAF sich heute kaum noch politisch artikuliert, schließen zu wollen, die „neue“ RAF hätte mit der „alten“ nichts mehr zu tun (eine Konstruktion, mit der vor allem die pseudotrotzkistische GIM zur Zeit liebäugelt), ist ein zu durchsichtiges Alibi, um ernst genommen zu werden. Auf die Behauptung, die RAF sei kein Bestandteil der Linken mehr, entgegnet die konservative *Neue Zürcher Zeitung* (18./ 19. September), gewiß in denunziatorischer Absicht, aber durchaus scharfsichtig: „Sind sie es wirklich nicht, auch nicht ihrer Herkunft nach?... Wo lag der Bruch?...“ In der Tat: es gab ihn nicht, auch wenn die RAF ihren politischen Führer, Ulrike Meinhof, verloren hat.

Die leninistische Haltung gegenüber solchen verzweifelten Handlungen wurde von der Kommunistischen Internationale 1921 anläßlich des Falles von Max Hölz dargelegt, als dieser wegen seiner Rolle als Führer proletarischer Guerillagruppen in Mitteldeutschland nach der Niederlage der unglücklichen „März-Aktion“ zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde:

> „Die Kommunistische Internationale ist Gegnerin des individuellen Terrors und von Sabotageakten, die nicht direkten Kampfzwecken im Bürgerkrieg dienen. Sie ist Gegnerin eines von der politischen Leitung des Proletariats unabhängig geführten Freischärlerkrieges. Aber die Kommunistische Internationale sieht in Max Hölz einen mutigen Rebellen gegen die kapitalistische Gesellschaft, deren Zucht sich in Zuchthäusern, deren Ordnung sich in dem Wüten der Ordnungsbestie ausdrückt. Seine Taten waren nicht zweckentsprechend. Der weiße Terror kann nur durch den Aufstand der Arbeitermasse gebrochen werden, der allein imstande ist, den Sieg des Proletariats zu verwirklichen. Aber seine Taten entströmten der Liebe zum Proletariat, dem Haß gegen die Bourgeoisie.“

Nicht kleinbürgerlicher Terrorismus, sondern proletarische Revolution

Obwohl die Methoden der RAF mit denen des klassischen Anarchismus eng verwandt sind, ist ihre Ideologie ein fossilartiger Ableger der Politik der Neuen Linken — ein Sammelsurium blanquistischer, populistischer und maostalinistischer Konzeptionen, basierend auf mangelndem Vertrauen in das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse. Ihre Politik greift auf die stalinistische Doktrin Lin Biaos von der Einkreisung der Städte (der imperialistischen Länder) durch die Dörfer (der „Dritten Welt“) zurück. Die RAF versteht sich als Hilfskraft irgendwelcher stalinistisch-nationalistischer Formationen, die in der „Dritten Welt“ gegen den Imperialismus kämpfen, als „Metropolenguerilla“, als „Partisaneneinheit im Rücken des Feindes“ (Interview mit Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe im *Spiegel* Nr. 4, 1975).

Die Politik von Stadtguerilleros, von den Tupamaros bis zur RAF, ist bis ins Mark substitutionalistisch. Während sie ihre Sympathien mit den „Verdammten dieser Erde“ proklamiert, sieht die RAF die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder als eine bestochene, unheilbar in der „Konsumgesellschaft“ versunkene Arbeiteraristokratie. Folgerichtig sind ihre eigenen Aktionen nichts als moralisierende Gesten (Brandstiftung in einem Kaufhaus, Angriff auf einen Offiziersklub der U.S.-Armee, Entführungen oder Ermordungen notorischer Führer der Bourgeoisie). Für jeden „hingerichteten“ Buback, Ponto oder Schleyer wird ein anderer an dessen Stelle treten; nur das Ausmaß der Repression wird sich verschärfen. Im Gegensatz dazu verstehen Leninisten, daß der Imperialismus nur durch die internationale Arbeiterklasse hinweggefegt werden kann, geführt von der revolutionären Avantgardepartei, deren Aktion das Proletariat erzieht und es auf die Höhe seiner historischen Aufgaben hebt.

Die RAF wiederholt die Fehler der populistischen „Narodnaja Wolja“ im zaristischen Rußland: heldenhafte Kämpfer,

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15
Anschrift: TLD
Postfach 11 0647
1000 Berlin 11
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

die versuchten, das autokratische Terrorregime durch Akte individuellen Gegenterrors zu stürzen. Aber der Höhepunkt der Narodniki lag eine Generation vor der Entstehung einer organisierten Arbeiterbewegung in Rußland; die Kraft, die das Land vom Zarismus befreien konnte, steckte noch in den Kinderschuhen. Im Gegensatz dazu kehrt die RAF der mächtigen deutschen (und internationalen) Arbeiterbewegung den Rücken, weil sie zu ungeduldig ist, sich am Kampf um die Erziehung der Klasse zu beteiligen. Somit verwirft sie die gesamte Geschichte der marxistischen Bewegung, vor allem die Oktoberrevolution.

Die westdeutsche Linke: Kniefall vor bürgerlicher Hysterie

Während der letzten fünf Jahre hindurch demonstrierte

die Linke bei zahlreichen Gelegenheiten in Solidarität mit der RAF gegen die brutale Verfolgung durch den Staatsapparat. Manche Gruppen gaben den aus der „Neuen Linken“ stammenden Terroristen sogar *politische* Unterstützung. Noch im letzten Jahr marschierten Tausende auf der Berliner Demonstration anläßlich der Beerdigung Ulrike Meinhofs; „Liberale“ wie Gollwitzer und „Sozialisten“ wie Dutschke hielten Grabreden. Jetzt, wo das letzte Jota an „Popularität“ für die RAF, an scheinheiligem „Verständnis für die Motive“ in der „liberalen Öffentlichkeit“ geschwunden ist, da läßt fast die gesamte Linke, um noch einmal die gehässige *Neue Zürcher Zeitung* zu Wort kommen zu lassen, „die Terroristen fallen wie eine heiße Kartoffel; sie hätten mit diesen Menschen nichts zu tun und nie etwas zu tun gehabt“. Diejenigen, die solche Aktionen wie die der RAF hochjubeln — gesetzt den Fall sie geschehen woanders, in Spanien, Argentinien oder Palästina - bekunden, plötzlich mit der eigenen Bourgeoisie konfrontiert, lauthals ihre Respektabilität.

Die KPD, mit der die TLD — als einzige andere Organisation — im Dezember 1974 noch gemeinsam (unter eigenen Parolen, versteht sich) zum Moabiter Untersuchungsgefängnis marschiert ist, um gegen den Klassenterror des bürgerlichen Staates gegenüber den Gefangenen der RAF zu demonstrieren, wetteifert zur Zeit mit der DKP um den Rang der perfektesten ideologischen Dreckschleuder der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Sie vergleicht den Kölner Anschlag mit den Aktionen Al Capones: „Ein Bandenkrieg in den Reihen der Bourgeoisie“ {*Rote Fahne*, 7. September). Sie hat ihr Ohr am Volke, wo „die Entführung Schleyers als reine Angelegenheit der Bourgeoisie betrachtet“ werde. Die Mitglieder der RAF seien „verwöhnte, gelangweilte Söhne und Töchter der Reichen“.

Würde man derartige Kriterien auf die KPD selbst anwenden, würde man die Klassenherkunft eines Semler oder Horlemann zugrunde legen, so hätte das für die Beurteilung dieser Organisation fatale Konsequenzen. Entscheidend für die Analyse einer Organisation ist aber nicht in erster Linie deren soziale Zusammensetzung, sondern deren *Programm und Politik.*

Die KPD erweist sich als völlig verräterisch: vor drei Jahren verteidigte sie die RAF-Gefangenen zumindest minimal, heute will sie mit diesen Opfern bürgerlicher Klassenjustiz nicht das geringste zu tun haben. Die um die RAF entstandene Tendenz hat sich in diesen drei Jahren nicht geändert, wohl aber die KPD. Gewiß nicht *qualitativ*, denn sie war schon damals eine Organisation stalinistischer Irreführer mit einem menschewistischen Programm. *Quantitativ* aber sind die Schritte nach rechts imposant. Das getreue Sprachrohr der Pekinger Bürokratie, das mit dem CSU-Revanchisten Franz Josef Strauß um die Rolle des „Vaterlandsverteidigers“ gegen den „Sowjetimperialismus“ wetteifert, fällt nun in den Chor der reaktionären Hexenjagd gegen den „Terrorismus“ mit ein.

„Mit Entsetzen“ haben die Linkssozialdemokraten des Sozialistischen Büros (SB) auf der zweiten Seite der *Frankfurter Rundschau* (13. September) „auf die kaltblütigen Morde reagiert“. Durch ihren permanenten „Kollektivmord“ habe „sich die ‚Rote Armee Fraktion' ihres sozialistischen Anspruchs selbst begeben“. „Wir Sozialisten“, erklärt das SB, „lehnen Mord als Mittel der Politik ... aus prinzipiellen Gründen ab... Mit wenigen Schüssen machte sie vieles zunichte, wofür wir jahrelang mühsam gekämpft haben.“ Wird sich die Bourgeoisie für solche überschwenglichen und sich selbst beweihräuchernden Apologeten des kapitalistischen, staatlichen Terrors bedanken? Vielleicht werden Bundeskanzler Schmidt und Willi Brandt, diese Noskes und Eberts von heute, einige Beraterposten in der Bürokratie für diese Propagandisten gegen den „roten Faschismus“ finden.

Der KPD kann man eine gewisse Konsequenz in ihren Diffamierungen nicht absprechen. Ihr Hauptrivale unter den auf Peking orientierten Maoisten, der KBW, kann das nicht für sich in Anspruch nehmen. 1974 polemisierten der KBW gegen die KPD wegen ihrer Charakterisierung der Erschießung

Fortgesetzt auf Seite 16

Von der „Gay Liberation“ zum Trotzkismus

Spartacist League/U.S. und Red Flag Union fusionieren

Die Red Flag Union (RFU, ehemals Lavender & Red Union - L&RU) und die Spartacist League haben ihre Organisationen und ihre politische Zukunft in einer zweitägigen Fusionskonferenz, die im August in der Nähe von Los Angeles abgehalten wurde, miteinander verschmolzen. Die Konferenz war der Höhepunkt einer mehrmonatigen, intensiven Diskussion zwischen den Organisationen und gemeinsamer politischer Arbeit. Für die Genossen der RFU verkörperte die Konferenz den letzten Schritt auf ihrem Weg von dem Milieu der „gay liberation“ (Schwulenbefreiung) zum Kern der internationalen trotzkistischen Avantgarde.

Auf den Sitzungen und in informellen Diskussionen ließen die Teilnehmer der Fusionskonferenz noch einmal die Entwicklung der RFU Revue passieren und untersuchten die Aufgaben, denen die fusionierte Organisation gegenüberstehen wird. Die ungezwungene Atmosphäre legte Zeugnis ab über den fruchtbaren politischen Prozeß, der die beiden Gruppen mit Entschlossenheit und gegenseitigem politischen Vertrauen in die Konferenz geführt hatte. Schon bevor die Sitzungen eröffnet worden waren, war es klar, daß die entscheidende politische Fusion bereits vollzogen war. So wurde das Dokument (veröffentlicht in dieser Ausgabe der *Kommunistischen Korrespondenz*), das von der Konferenz als Kodifizierung der programmatischen Basis der Fusion angenommen wurde, aus Artikeln der öffentlichen Presse der beiden Gruppen zusammengestellt.

Monatelang war die RFU zunehmend der Anschuldigung ausgesetzt gewesen: „Ihr Leute hört euch genauso an wie diese verdammten Spartacists!“ Das war in der Tat der Fall, und in der intensiven und fruchtbaren Zusammenarbeit mit der SL in den Monaten bis zur Fusionskonferenz begannen die Genossen der RFU den Vorwurf der Opportunisten nicht nur als berechtigt, sondern auch als angenehm zu empfinden.

Das engagierte Interesse der RFU an ernsthaften Fusionsdiskussionen mit der SL ging von der Anerkennung der zentralen Bedeutung des Programms aus. Aber als diese Diskussionen begannen, war es nicht möglich, den explosiven Protest vorauszusehen, der hunderttausende von Demonstranten auf die Straßen brachte, um gegen Anita Bryants reaktionären antihomosexuellen Kreuzzug zu protestieren. Die aggressiven Anstrengungen der beiden Gruppen, gemeinsam eine wirksame kommunistische Intervention in diesen episodischen Ausbruch der Empörung in den Reihen der amerikanischen Schwulen zu entwickeln, ermöglichte einen unerwarteten Überprüfungsprozeß für die programmatische Übereinstimmung, die in den Diskussionen entstand. Zusammen schrieben die SL und die RFU Flugblätter, hielten Veranstaltungen ab, nahmen an Demonstrationen teil: sie schmiedeten in der Glut des lebendigen politischen Kampfes die Bande für die künftige Fusion.

Vorstellung, jede unterdrückte Gruppe in der Gesellschaft müsse ihre eigene Avantgarde entwickeln („Polyavantgardismus“) und von der Suche nach einem alternativen Lebensstil („lifestylism“). Wer das Bedürfnis hatte, sich an das Schwulenmilieu anzuhängen, als einem „Sektor“ einer solchen vielfältigen Avantgarde, der dürfte logischerweise auf den Straßen von San Francisco - wo mehr als 100 000 Menschen gegen die reaktionäre Initiative aus Florida demonstrierten - die Bestätigung für eine primäre Orientierung auf den „Sektor“ der Schwulen gefunden haben. Aber die SL und die RFU schlossen ihre Reihen um das trotzkistische Programm. Als Teil des Kampfes für demokratische Rechte für Homosexuelle führten die beiden Organisationen eine harte politische Auseinandersetzung mit einer Reihe von Gegnern: von den „Lebensstil“-Linken und der ihr opportunistisch hinterhertrabenden Nachhut, wie der Socialist Workers Party (SWP) und der Revolutionary Socialist League (RSL), bis zu den spießbürgerlichen antihomosexuellen Stalinisten.

Während der Fusionsprozeß Fortschritte machte, zogen sich einige wenige Mitglieder der RFU von dem Weg zum Trotzkismus zurück und versteckten sich hinter der stalinophoben Weigerung der RSL, die UdSSR gegen den Imperialismus zu verteidigen. Die RSL kapitulierte vor der Lebensstil-Orientierung dieser kleinen Minderheit, indem sie den Slogan der Gay-Liberation-Bewegung: „Macht euer Schwulsein öffentlich!“ zum Prinzip erhob (und das von einer Organisation, die weder das „busing“ noch das Equal Rights Amendment verteidigt).* Das Insistieren der SL und der RFU-Mehrheit darauf, daß Revolutionäre danach trachten müssen, durch ihr Programm und nicht durch ihre sexuelle Orientierung oder irgendwelche anderen persönlichen oder sekundären Attribute bekannt zu werden, war der Gegenstand der hitzigen Debatte auf der von der RFU einberufenen Konferenz „Stonewall 77“, auf der die politischen Linien definitiv gezogen wurden. Auf der einen Seite stand ein verrotteter Block der Lebensstil-orientierten Radikalen, der „trotzkistischen“ Apologeten eines „Dritte Welt“-Stalinismus, wie der in Seattle konzentrierten Freedom Socialist Party (FSP) und der shachtmanistischen RFU-Minderheit. Die eigentliche politische Fusion hatte sich mit dem prinzipien-

*** „Busing“, d. h. der Transport (mittels Schulbussen) von schwarzen Schulkindern aus den Ghettos zu überwiegend weißen (und d. h. weitaus besseren) Schulen, ist ein kleiner Schritt in Richtung gleicher Ausbildungschancen für Schwarze. So minimal und ungenügend dieser Schritt auch sein mag, unterstützen Kommunisten ihn in dem Kampf um demokratische Rechte für Schwarze und als Stellungnahme zur Frage des Rassismus. Der Verfassungszusatz „Equal Rights Amendment'[4], ein einfaches Statement der legalen Gleichheit der beiden Geschlechter, wird gleichfalls von Kommunisten unterstützt. Seit über 50 Jahren im amerikanischen Kongreß debattiert, muß das ERA bis 1979 von 38 der 50 amerikanischen Bundesstaatsparlamente verabschiedet werden, um in Kraft zu treten.**

festen Kampf der RFU gegen ihren eigenen rechten Flügel ereignet.

„Wer hätte das gedacht . . . ? "

Alle, die auf der Fusionskonferenz anwesend waren — die SL-Delegation ebenso wie die RFU und ihre eingeladenen Freunde — verstanden die Fusion als einen Sieg für das revolutionäre Programm und die leninistischen Prinzipien. „Wer hätte vor sechs Jahren gedacht, daß wir mit einer Gruppe männlicher Homosexueller fusionieren würden? fragte George Foster in seinen einleitenden Bemerkungen. Er stellte fest, daß es einen festen programmatischen Grund dafür gab: die konsequente Zurückweisung eines „arbeitertümelnden" Opportunismus durch die SL, eines Workerismus, der seine Politik auf das rückständige Bewußtsein der Arbeiterklasse ausrichtet, wie sie unter dem Kapitalismus existiert. „Wir haben dies bekämpft", stellte Foster fest, „nicht weil wir wußten, daß wir irgendwann in der Zukunft eine RFU finden würden,... sondern weil es antimarxistisch und falsch ist."

Die prinzipienfeste Haltung der SL stand in scharfem Kontrast zu dem herablassenden Zynismus der anderen Gruppen, die versuchten, die RFU, das deutlich fortgeschrittenste und politisch ernsthafteste Kollektiv der homosexuellen Linken in den Vereinigten Staaten, zu rekrutieren. „Es muß erscheinen, als ob diese Fusion (und die Existenz der SL überhaupt) das verletzt, was den Reformisten wie ein Naturgesetz vorkommen muß", sagte Foster. „Unsere Gegner müssen den Eindruck haben, daß es keine Gerechtigkeit auf dieser Welt gibt."

Michael Weinstein, ein Sprecher der RFU, stellte fest, daß alle opportunistischen Gruppen, die heute dem linken Schwulenmilieu nachlaufen, zu dem Schluß gelangt waren, daß sie die natürlichen Erben der RFU seien. „Eine der Gruppen, die der L&RU den Hof machten", fügte er hinzu, „war die SWP, und wir mußten unsererseits regelrechte Anstrengungen unternehmen, um sie zu überzeugen, daß wir wirklich ihre Gegner sind." Er fuhr fort, den Einfluß zu beschreiben, den die Fusion auf die anderen Gruppen haben wird, die gleichermaßen erwartet hatten, daß Schmeichelei und Behauptungen, die Schwulenfrage sei „strategisch", die RFU rekrutieren würden: „Wir führten einen bedeutsamen Schlag gegen jene ziemlich stockenden Bemühungen, einen Ableger der IMT (der Internationalen Mehrheitstendenz des „Vereinigten" Sekretariats - d. Ü.) in diesem Land zu schaffen. Wir waren behilflich, dafür zu sorgen, daß die FSP niemals aus Seattle herauskommen wird, und wir schlugen einen weiteren Nagel in den Sarg der RSL."

Ein anderer SL-Sprecher zog eine Parallele zu der Fusion zwischen der internationalen Spartacist Tendenz und Organización Trotskista Revolucionaria Chiles (OTR). Die OTR-Fusion war gleichfalls ein Sieg des Programms. Als die SL die Position der prinzipiellen Opposition gegen die Volksfrontregierung Allendes bezog, handelten wir auf der Grundlage der grundsätzlichen Prinzipien leninistischer Klassenunabhängigkeit. Als wir uns der opportunistischen linken „Hauptströmung" direkt entgegenstellten, die sich den Illusionen der chilenischen Massen in Allende anhängte, wußten wir nicht, daß es eine OTR gab, die dort diese erfahrungsreiche Periode durchlebte und dabei ebenfalls gegen die Volksfront war.

RFU-Sprecher Gene Shofner fügte hinzu, daß er „im Gespräch mit Genossen der OTR lernte, was eine prinzipienfeste Verpflichtung auf das Programm wirklich bedeutet. Weil die Schwulenfrage in Lateinamerika eine schwierigere Frage ist." Auch Genosse Foster betonte die Bedeutung der lebhaften Zustimmung der OTR zu der RFU-Fusion: „Wenn es einen Test für einen Marxisten in den lateinischen Ländern gibt — ob jemand ein genuiner Kommunist ist — dann ist es die Frauenfrage, die Frage der Familie, die Schwulenfrage."

„Aufgebaut durch Fusionen"

Die Fusionskonferenz verglich die Entwicklung der RFU mit anderen Fusionen, durch welche die SL aufgebaut worden ist und fand ähnliche Merkmale revolutionären Willens, kritischer Intelligenz, politischer Ehrlichkeit und Betonung programmatischer Klarheit. Für die RFU, das Communist Working Collective, das Buffalo Marxist Collective - Gruppen, die aus einem stalinistischen oder neulinken Milieu entstanden - kam ein Zeitpunkt, wo sie sich der Frage Stalin contra Trotzki stellen mußten. In diesem Milieu war es sogar verdächtig, Trotzki zu lesen. Die Genossen wollten nicht unbedingt Trotzkisten werden, am allerwenigsten Trotzkisten der orthodoxesten und unnachgiebigsten Art, der der SL. Aber sie wollten Marxisten sein und wußten, daß Revolutionäre nicht vor politischem Kampf zurückschrecken. Eine dokumentarische Geschichte der Entwicklung der L&RU/RFU ist als Teil der von der SL herausgegebenen Serie *der Marxist Bulletins* geplant.

Es ist mehr als zwei Jahre her, seit die L&RU das erste Mal mit der SL konfrontiert wurde. Schon damals, als die politischen Differenzen noch weitreichend waren, schreckte das Kollektiv nicht vor dem politischen Kampf zurück. Ein Mitglied der SL-Delegation stellte fest, daß diese Genossen, anders als die meisten der Neuen Linken, sich mit den Schlüsselfragen auseinandersetzten, denen Marxisten gegenüberstehen: „Die permanente Revolution, die russische Frage, die Parteifrage, demokratischer Zentralismus. Gibt es ein spezifisches Programm zur Schwulenbefreiung? ... Die ganz grundlegende Frage der Spaltungen in der Klasse und wie Leninisten damit fertigwerden. Dies sind die Schlüsselfragen.



Und weil die RFU diese Fragen aufgriff und sie zu lösen versuchte — und ihnen nicht auswich — war es euch möglich, zum Trotzkismus zu gelangen.“

Seit die Genossen der RFU bei ihrem Studium feststellten, daß Trotzki in der russischen Frage Recht hatte, betrachteten sie sich selbst als Trotzkisten. Aber sie hatten noch kein vollständiges Verständnis des Programms erreicht. Erst als die Gruppe erkannte, daß sie nicht eine demokratisch-zentralistische Organisation ohne ein solides programmatisches Fundament aufrechterhalten konnte, stellten die Genossen die Verbindung her zwischen dem Vorrang des Programms und dem subjektiven Bedürfnis, eine leninistische Avantgarde aufzubauen, in der diszipliniertes politisches Funktionieren aus wesentlicher programmatischer Einheit hervorgeht.

„Diese Partei ist durch Fusionen aufgebaut worden“, bemerkte Foster. Die RFU-Fusion ist mehr als die Rekrutierung eines Dutzends talentierter und ergebener individueller Kader, denn die RFU ist mehr als die Summe ihrer Teile. Mit der Fusion erwirbt die Partei die kollektive Erfahrung, Geschichte und Führung einer anderen Organisation. Die RFU kämpfte sich ihren Weg frei aus der neulinken Schwulenbewegung mit erwiesener Hingabe und einer Führung von erprobter Kapazität. Nach der Fusion wird die SL diese Führung in unsere führenden Gremien integrieren.

Die proletarische Partei als Volkstribun

Die Geschichte der L&RU/RFU war ein Kampf zur Überwindung eines zentralen politischen Widerspruchs. Ihre Kader waren einerseits Sektoralisten, eng verbunden ihrer „Zielgruppe“ unter den Homosexuellen, andererseits aber von der Notwendigkeit überzeugt, eine revolutionäre Avantgardepartei aufzubauen. Wie dieser Widerspruch zugunsten des Leninismus gelöst wurde, war ein wichtiger Schwerpunkt auf der Fusionskonferenz.

„Ich bin ein Kommunist, der zufällig homosexuell ist. Ich habe eine und nur eine politische Identität — die eines Kämpfers für die proletarische Revolution“ (Ein Sprecher der Red Flag Union).

Der Genosse Shofner führte aus, daß „der wirkliche Wendepunkt für Menschen, die unter einer sektoralistischen Weltanschauung gelitten haben, bei der Beantwortung der Frage entsteht, wer unsere Leute sind und für wen wir kämpfen“. Von ihren frühesten Begegnungen mit der L&RU an insistierte die SL darauf, daß nur durch das Instrument der proletarischen Avantgardepartei die Unterdrückten ihre Befreiung erreichen könnten. Genosse Foster erklärte den Anwesenden auf der Konferenz: „Kommunisten stehen für die historischen Interessen des Proletariats als ganzem.“ Eine leninistische Partei ist keine Föderation besonderer Interessengruppen, die zusammenkommen, um sich ein Programm auszuknobeln. Die Partei muß Elemente aus allen Bereichen der Unterdrückten enthalten, aber sie finden sich auf Basis des Programms der proletarischen Revolution zusammen. Die SL weist die polyavantgardistische Vorstellung zurück, daß die Partei die Spaltungen der kapitalistischen Gesellschaft in sich selbst wiederholt. Ein Sprecher stellte fest, daß Zielgruppen „beliebig unterteilbar“ sind, indem er die „Stonewall 77“-Konferenz in Erinnerung rief, auf der die erbitterte FSP klagte: Der



Workers Vanguard Foto

Red Flag Union Stonewall '77-Konferenz in Los Angeles.

Grund, warum ihr Burschen euch mit der monströsen, bigotten Spartacist League zusammentut, ist der, daß ihr *männliche* Homosexuelle seid, und nur wir lesbischen Mütter, die wir mehr als jeder andere unterdrückt werden, können wirkliche Revolutionäre sein.

Foster faßte zusammen: „Nur weil wir Kommunisten sind, können wir Volkstribune sein. Denn all die vorgeblichen Linken haben ihren eigenen kleinen Sektor, der für sie Vorrang hat. Die Falle liegt darin, nur für deine eigenen Leute als Tribun aufzutreten und für niemanden sonst.“

Die Fusionskonferenz war eine dramatische Bestätigung für die Art und Weise, wie eine lebendige leninistische Organisation die Spaltungen der kapitalistischen Gesellschaft im Kampf gegen diese Gesellschaft überwindet. Die Diskussion über personelle Verschiebungen und organisatorische Prioritäten zeigte konkret, daß die RFU-Fusion die Partei in den Stand versetzen wird, ihre vordringlichsten Aufgaben besser anzugehen, nicht nur durch direkte Verwendung von Genossen der RFU für die Stärkung vieler Aspekte der Parteiarbeit, sondern vor allem durch die Entlastung anderer Parteikader für die Aufgabe, unsere Verankerung im schwarzen Industrieproletariat voranzutreiben.

Es ist keine Ironie, sondern die Logik des Leninismus, daß die Fusion nicht nur unseren Kampf gegen die besondere Unterdrückung von Homosexuellen vertieft, sondern auch unsere Kapazität erweitert, den Kampf gegen die besondere Unterdrückung der Schwarzen aufzunehmen. Die RFU ist Teil des kollektiven proletarischen Volkstribuns und eine Kraft für die Revolution auf internationaler Ebene geworden. Die abschließenden Bemerkungen des Genossen Foster konstatierten in klarer, verständlicher Weise, was die Fusion für die vereinigte Zukunft der SL und der RFU bedeutet:

> „Genossen, ich glaube, daß es seit einiger Zeit offensichtlich gewesen und durch dieses Wochenende' bestätigt worden ist, daß dies eine sehr gute Fusion sein wird. Die Genossen der RFU sind außergewöhnlich gute Genossen. Sie stellen eine Bereicherung der Spartacist League dar, und das wird es uns ermöglichen, sehr wichtige Aufgaben anzugehen. Mehr als das aber, glaube ich: die Partei wird ein Banner der Rechtschaffenheit erwerben. Dies wird ein Statement nicht einfach nur für Homosexuelle, sondern für alle Unterdrückten sein — über den Charakter unserer Partei und wofür sie steht. Es ist auch ein Statement unserer Absichten in der Zukunft unter der Diktatur des Proletariats. Friedrich Engels sagte ,,Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit', und notwendig ist eine revolutionäre Partei. Wir haben also eine Aufgabe; laßt uns sie weiter anpacken!“

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 171, 2. September

Fusionserklärung

Die Spartacist League/U.S. und die Red Flag Union (ehemalige Lavender & Red Union), ein Kollektiv, das sich aus dem Milieu maoistisch-neulinker „gay liberation" herausentwickelt hat, haben programmatische Übereinstimmung über wesentliche Fragen erzielt, denen revolutionäre Marxisten gegenüberstehen:

I. Der Trotzkismus ist der revolutionäre Marxismus unserer Epoche, heute verkörpert in dem Programm der internationalen Spartacist Tendenz. Die vordringliche Aufgabe ist die Schaffung einer trotzkistischen Avantgardepartei, um die Krise der revolutionären Führung zu lösen.

Eine kurze Zusammenfassung eines programmatischen Musters für eine prinzipienfeste internationalistische Umgruppierung wurde kürzlich in *Workers Vanguard* dargelegt:

1. Keine politische oder Wahlunterstützung für Volksfronten; für bedingte Opposition gegenüber Arbeiterparteien in offen oder implizit klassenkollaborationistischen Koalitionen;

2. Aufrechterhaltung der Theorie der permanenten Revolution; für eine proletarische Führung des nationalen und sozialen Kampfes;

3. für militärische Unterstützung kleinbürgerlicher nationalistischer Kräfte, die den Imperialismus bekämpfen, aber absolut keine politische Unterstützung für solche Kräfte; für eine trotzkistische Partei in jedem Land;

4. für die bedingungslose Verteidigung aller deformierten bzw. degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus; für die politische Revolution gegen die Bürokratie; keine politische Unterstützung für konkurrierende stalinistische Cliquen und Fraktionen;

5. gegen Gewaltanwendung innerhalb der Arbeiterbewegung;

6. für kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften basierend auf dem Übergangsprogramm;

7. für die kommunistische Taktik der Einheitsfront von oben; für die Umgruppierungstaktik, um subjektive Revolutionäre in der Avantgardepartei zu vereinigen; für die unnachgiebige Entlarvung des Zentrismus;

8. Zurückweisung der Ansprüche vorgeblich trotzkistischer Internationalen, für die Vierte Internationale zu sprechen, welche in den Jahren 1951-1953 durch den Pabloismus zerstört worden ist;

9. für die Neuschmiedung einer demokratisch- zentralistischen Vierten Internationale, die keineswegs früher als bei der Diktatur des Proletariats haltmachen wird.

II. Im besonderen bestätigt die prinzipienfeste trotzkistische Fusion der SL und der RFU die leninistische Position zur besonderen Unterdrückung, zu den demokratischen Rechten und zur Avantgardepartei. Die besondere Unterdrückung von Homosexuellen ist, anders als die der Schwarzen in den Vereinigten Staaten, keine strategische Frage für die proletarische Revolution. Gleichwohl ist die Verteidigung demokratischer Rechte - die unteilbar sind und volle demokratische Rechte für Homosexuelle einschließen — wesentlich für die Intervention von Revolutionären in den Klassenkampf.

Diese Positionen wurden während des Fusionsprozesses in der Presse beider Organisationen kodifiziert:

„Die Unterdrückten der Gesellschaft sind sich im allgemeinen



Hunderttausende Demonstranten marschierten am 26. Juni in den ganzen USA gegen den von Anita Bryant angeführten Anti-Schwulenkreuzzug und forderten volle demokratische Rechte für Homosexuelle.

ihrer eigenen besonderen Unterdrückung schmerzhaft bewußt; der Radikalismus der sechziger Jahre machte sogar ein Prinzip aus der getrennten Organisation von unterdrückten Schichten: z. B. Schwarzen, Frauen, Homosexuellen. Aber nur, wenn das Bewußtsein der Unterdrückung die subjektive und partielle Ebene überschreitet und Klassenbewußtsein wird, kann ein effektiver Kampf gegen den gemeinsamen Feind - das kapitalistische System - im Namen aller Ausgebeuteten und Unterdrückten geführt werden...
Die Avantgardepartei der Arbeiterklasse ist die Kraft, die den Willen zusammenfaßt, Widerstand gegen alle Formen der Degradierung durch das kapitalistische System zu leisten. Die Avantgardepartei muß der ‚Volkstribun' sein, der für die Rechte und das Trachten aller arbeitenden Menschen und der besonders Unterdrückten eintritt... Einheit der Gegner gesellschaftlicher Unterdrückung kann nur auf einem klaren Klassenprogramm erreicht werden, in dem kein Platz ist für stalinistisches Versöhnlertum gegenüber rückständigen Vorurteilen oder für die tröstende Illusion der persönlichen Befreiung[4] innerhalb dieser widerlich rassistischen und sexistischen kapitalistischen Gesellschaft" („Stop Anita Bryant", *Workers Vanguard* Nr. 162, 17. Juni 1977).

* * *

„Ein Kommunist, der homosexuell ist, oder überhaupt ein Kommunist hat meistenteils nicht den Luxus, ‚sich öffentlich zu bekennen'. Ein Kommunist bemüht sich, in den Köpfen der Menschen ausschließlich mit der Partei und dem Programm, die er repräsentiert, identifiziert zu werden. Die sexuelle Identität oder die persönlichen Charakteristika eines Individuums sind nicht die Angelegenheit anderer. Indem man ein Repräsentant der kommunistischen Avantgarde ist, wird man zu einer lebenden Zielscheibe für die Bourgeoisie, fordert man Belästigungen heraus, die auch über das hinausgehen, was die unterdrückten Massen zu erdulden haben. Deswegen ist es die Verpflichtung der Partei, alles was in ihrer Macht steht zu tun, um ihre Anhänger vor solcher Verfolgung zu schützen"
(„Closet Rule Frame-Up", *Red Flag* Nr. 2, Juli 1977).

* * *

„Die SL und die RFU ... suchen den linken Flügel des Schwulenbefreiungsmilieus aufzufangen, um die fortgeschrittensten Elemente für das Programm des Trotzkismus zu gewinnen. Gleichzeitig suchen Revolutionäre nicht die Schwulen-‚Bewegung' aufzubauen... Die SL gewann die RFU nicht, indem sie ihrem Polyavantgardismus hinterherlief, sondern durch einen scharfen Kampf, um die Gruppe vom Sektoralismus zu brechen und sie für die Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus zu gewinnen" („Gay Liberation and the Left", *Workers Vanguard* Nr. 168, 29. Juli 1977).

* * *

III. Die SL/RFU-Fusion demonstriert die Kraft und die Korrektheit der trotzkistischen Analyse beim Ziehen der Klassenlinie in der russischen Frage, gegen die eine kleine Minderheit von der RFU in Richtung auf den antisowjetischen Shachtmanismus brach:

„Die bolschewistische Revolution im Oktober 1917 war ein monumentaler historischer Fortschritt; alle Gegner der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung müssen ihre Lehren begreifen... Ein wichtiger revolutionärer Akt, geleitet von dem Prinzip, daß es nicht die Angelegenheit des Staates ist, sich in private, auf gegenseitigem Konsens beruhende sexuelle Beziehungen einzumischen, war die Abschaffung der reaktionären antihomosexuellen Gesetzgebung. Die Revolution legte die materielle Basis dafür, die verdummende Versklavung der Frauen in der Kleinfamilie durch persönliche Beziehungen, frei von ökonomischem Zwang und philisterhaftem Moralismus, zu ersetzen. Somit lieferte das bolschewistische Programm den Schlüssel für die Beendigung der Unterdrückung der Homosexuellen" („Full Democratic Rights for Homosexuals", *Workers Vanguard Nr.* 169, 12. August 1977).

* * *

„Unsere Position ist, um es kurz zusammenzufassen, die von Trotzkis Vierter Internationale, ergänzt um die korrekte Weiterführung des Marxismus in Richtung auf ein Verständnis der anderen sogenannten sozialistischen Länder, was der einzigartige Beitrag der internationalen Spartacist Tendenz ist. Wir rufen auf zur bedingungslosen Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution - die Eliminierung der Bourgeoisie als Klasse, die Errichtung nationalisierter Planwirtschaften und das Außenhandelsmonopol in der Sowjetunion und den deformierten Arbeiterstaaten - gegen eine imperialistische Attacke und gegen eine kapitalistisch-restaurative Konterrevolution. Aber wir stehen in kompromißloser Opposition zum Stalinismus in allen seinen nationalistischen Varianten. Wir rufen auf zur politischen Revolution durch die Arbeiter, um die herrschenden Bürokratien zu stürzen, um die Sowjetdemokratie zu erneuern (die demokratische Herrschaft der Arbeiterklasse durch frei gewählte Arbeiterräte oder ‚Sowjets'), und um dem proletarischen Internationalismus wieder zur Geburt zu verhelfen. Wir glauben, daß diese Revolution nur unter der Führung von trotzkistischen Parteien der Arbeiterklasse, vereinigt in einer revolutionären Internationale, erfolgreich sein kann" (*Red Flag* Nr. 2, Juli 1977).

* * *

Nachdem sie Übereinstimmung in den wesentlichen Elementen erreicht haben, die notwendig sind für die baldige Schaffung einer Partei, welche in der Lage ist, eine sozialistische Revolution anzuführen, beschließen die SL und die RFU, ihre menschlichen und technischen Mittel zu vereinigen und eine gemeinsame Führung einer gemeinsamen Organisation zu bilden.

14. August 1977

Ursprünge revolutionärer Arbeit unter Frauen in Deutschland


Probenummer. 2. Jahrgang.

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Velten (Mark).

Stuttgart
Samstag, den 28. Dezember
1891.

An die Leser!

Mit dieser Nummer tritt „Die Gleichheit" an die Stelle der vielen liebgewordenen Zeitschrift „Die Arbeiterin." Wer „Die Arbeiterin" bisher und unter schwierigen Verhältnissen am Werk gesehen, der kennt mithin auch das Programm, das sich „Die Gleichheit" stellt, die prinzipielle Grundlage, auf der ihre Haltung fußt.

Allein in Folge veränderter äußerer Umstände hoffen wir, den Wirkungskreis des Blattes beträchtlich zu erweitern, und für die neu hinzukommenden Leser dürften einige Worte der Erklärung nicht überflüssig sein.

Menschen ein Ende nimmt. In diesem Kampfe aber sind die ausgedehntesten politischen Rechte — die Arbeiterbewegung hat dies bewiesen — vorzügliche und unentbehrliche Waffen.

Die wohlhabende Frau bedarf zu ihrer Emanzipation, ihrer Befreiung blos der rechtlichen Gleichstellung mit dem Manne.

Die Frau des Proletariats dagegen bleibt, auch wenn sie ihre rechtliche Gleichstellung mit dem Manne errungen, noch unfrei, abhängig vom Kapitalisten. Sie muß deshalb alle Bestrebungen unterstützen, welche darauf abzielen, die Macht der Kapitalistenklasse zu beschränken, die Macht der Arbeiterklasse dagegen zu erweitern.

Die Redaktion und der Verlag.

Gegründet 1891: revolutionäres Organ im Kampf für die Befreiung der Frau.

Übersetzt nach WOMEN AND REVOLUTION Nr. 8, Frühjahr 1975.

„.Die Anfänge der klassenbewußten organisierten proletarischen Frauenbewegung in Deutschland sind unlöslich mit dem Werden und Reifen der sozialistischen Gesellschaftsauffassung im Proletariat verknüpft, mit seiner Zusammenschweißung als Klasse, seiner politischen und sozialen Vertretung durch eine ideologisch und organisatorisch festgefügte Klassenpartei. Sie sind ein Teil, und zwar ein sehr kennzeichnender Teil dieses gesamten Entwicklungsganges, dessen zunehmende Vertiefung kündend. Die ersten Bestrebungen, Proletarierinnen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes zu sammeln, erfolgen insbesondere in engem Zusammenhange mit der aufkommenden Gewerkschaftsbewegung. Sie sind mithin sozialdemokratischen Wesens, denn im Gegensatz zu anderen Ländern, zumal zu Großbritannien, wurden in Deutschland die Gewerkschaften von politischen Parteien ins Leben gerufen" (Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, 1928).

Zwischen 1875, als sie gegründet wurde, und ihrem historischen Verrat aufgrund der Unterstützung des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 wurde die SPD zur anerkannten theoretischen und organisatorischen Führungskraft der internationalen Arbeiterbewegung. Während dieser Jahre gelang es ihr, die marxistische theoretische Herangehensweise an die Frauenfrage auf das Engste mit der Strategie und Taktik zu verbinden, die bis heute als Modell für die kommunistische Arbeit unter Frauen dienen. Diese Verschmelzung, weit davon entfernt, spontan entstanden zu sein, war das Produkt eines im Verlauf ihrer Pionierarbeit unter Frauen etwa 40 Jahre lang zäh geführten Kampfes durch die deutsche Partei und in ihr.

Debatten über die Frauenfrage waren mit den industriellpolitischen Entwicklungen in Deutschland (und somit in ganz Europa) wie auch mit den vielfältigen Fraktionskämpfen, die schon in den neunziger Jahren in der deutschen Partei schwelten, eng verknüpft.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zog Deutschlands industrieller Boom, der mit der nationalen Konsolidierung unter der Regierung Otto von Bismarcks zusammenfiel, ganze neue Schichten der Bevölkerung - einschließlich Frauen - zum ersten Mal in die industrielle Produktion und rückte die Frauenfrage in das Rampenlicht der jungen sozialistischen Bewegung. Dies war die Zeit, in der die SPD wie auch die Freien Gewerkschaften (die im Gegensatz zu den gelben und den nichtsozialistischen Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten verbündet waren) sich zu Massenorganisationen entwickelten.

Bismarck versuchte, den entschieden reaktionären und repressiven Charakter seines Regimes hinter einigen Fetzen demokratischer Reformen und Sozialgesetzgebung zu verschleiern. Aber der Reichstag, von Wilhelm Liebknecht zutreffend als „Feigenblatt des Absolutismus" bezeichnet, besaß keine politische Macht. Das sogenannte „allgemeine" Wahlrecht, das Bismarck verordnete, schloß breite Teile des Proletariats, vor allem natürlich Frauen, aus. Vereinsgesetze beschränkten die Tätigkeit politischer Parteien erheblich (und wurden besonders gegen radikale Parteien angewandt); Frauen und Jugendlichen war es verboten, sich *irgendwelchen* politischen Parteien oder, bis 1890, irgendwelchen Gewerkschaften anzuschließen. Die Arbeiterbewegung mußte sich deshalb seit ihren Anfängen am Kampf für politische Demokratie als einer Voraussetzung für ihre bloße Existenz beteiligen. Diese Tatsache brachte die Sozialdemokratie schon in den ersten Jahren an die Spitze des größten Teils der Gewerkschaftsbewegung.

1878, nur drei Jahre nach der Gründung der SPD in Gotha, erließ Bismarck Ausnahmegesetze, die sogenannten Sozialistengesetze, welche die Organisation legalisierten und sie in den Untergrund zwangen, während es individuellen Sozialdemokraten gestattet blieb, bei Wahlen zu kandidieren und im Reichstag zu sitzen. Während der zwölf Jahre, in denen die Gesetze in Kraft waren, würden 1500 Personen verhaftet und 900 aus ihrem Wohnort ausgewiesen. Diese Periode klandestiner Aktivitäten erwies sich als eine Zeit großer Expansion für die sozialistische Partei (wie auch für die Gewerkschaften). Die Wahlunterstützung für die SPD wuchs, trotz Bismarcks Versuchen, die Sozialdemokratie durch eine weitreichende Sozialgesetzgebung während der achtziger Jahre ins Hintertreffen geraten zu lassen, von einer halben Million Stimmen im Jahre 1877 (9 Prozent der gesamten Wählerstimmen) auf anderthalb Millionen 1890 (20 Prozent). Aber die organisatorischen Voraussetzungen für die Degeneration der SPD

wurden während dieser Periode geschaffen, als ihre einzigen öffentlichen Ausdrucksmöglichkeiten die Reichstagsfraktion, die fast völlig autonom von der Parteiführung agierte, und die Gewerkschaften waren.

Die Sozialistengesetze übten besonders gegenüber den Frauen eine repressive Funktion aus. Als z. B. Mitte der achtziger Jahre von Frauen, die der SPD nahestanden, Vereine für die „Selbsterziehung von Frauen" (die erste „besondere Arbeit unter Frauen") geschaffen wurden, wurde eine Ausnahmeverordnung erlassen, die solche Gruppen verbot. Die politische Schikanierung der *gesamten* Arbeiterbewegung war jedoch stark genug, um enge politische Arbeitsbeziehungen

Teil 1:1875-1900

zwischen den Männern und Frauen in ihr zu fördern, als Ergebnis gemeinsam erfahrener Unterdrückung und gleicher Zielsetzungen.

Die frühen Schlachten um die Rechte der deutschen Arbeiterinnen wurden nicht in der feministischen Bewegung, die sich auf bürgerliche Forderungen beschränkte, sondern in den embryonalen sozialistischen Parteien und in den Gewerkschaften ausgefochten. Arbeiterinnen waren deshalb traditionellerweise mit dem Kampf der Arbeiterklasse als ganzer eng verbunden.

Fragen, die durch das Wachstum des weiblichen Proletariats aufgeworfen wurden, wie jene, die sich mit der Arbeitsschutzgesetzgebung für Frauen, der Rolle der Familie in der Gesellschaft und dem Frauenwahlrecht beschäftigten, wurden in der deutschen sozialistischen Bewegung seit den sechziger Jahren heiß debattiert, insbesondere zwischen dem sich auf Marx berufenden und dem lassalleanischen Flügel, die sich 1875 beide zur SPD vereinigten.

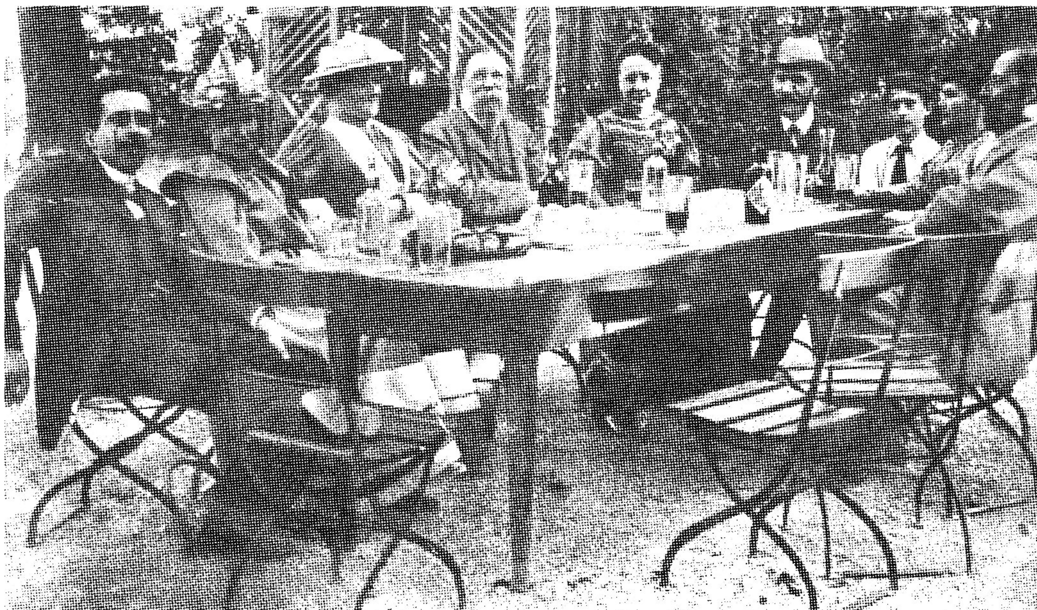
Ferdinand Lassalles „Sozialismus" war eine Gesellschaft basierend auf staatlichen Produktionsgenossenschaften, die durch die Einführung der Demokratie (d. h. des allgemeinen Wahlrechts) und eines vereinigten Deutschlands unter preußischer Ägide erreicht werden sollten. Clara Zetkin kritisiert in ihrem Buch *Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands* grundsätzlich die Lassalleaner und zeigt, zumindest partiell, die Gründe für deren Unfähigkeit auf, zu einer korrekten Position zur Frauenfrage zu kommen. Über das „eherne Lohngesetz[44], das von den Lassalleanern mechanisch verfochten wurde, sagte sie:

„Marx hingegen hat es weder als,ehern' noch als,Gesetz' anerkannt. Für die junge lassalleanische Bewegung bildete das,eherne Lohngesetz' eher einen Knüppel, über den sie stolperte, als eine Stütze. Lassalle hatte mittels dieses mehr biologisch als historisch-ökonomisch begründeten ‚Gesetzes[4] den Nachweis zu erbringen versucht, daß eine dauernde Erhöhung des Einkommens des Proletariats über das zum nackten Leben Notwendige hinaus unter der Herrschaft des Lohnsystems unmöglich sei. So mag auch der oder jener seiner Anhänger die Behauptung aufgestellt haben, der Lohnerwerb der Frau bedeute kerne dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterfamilie, vermehre nur die Konkurrenz um den ‚Lohnfonds[4] durch an sich schon für den Kapitalisten billige Arbeitskräfte. Die Lage der Frauen könne nur verbessert werden durch die Verbesserung der Lage der Arbeiter, das heißt nur durch die Aufhebung des Lohnsystems. Diese Behauptung gründet sich auf eine richtig gefühlte, aber falsch bewiesene geschichtliche Wahrheit: daß, wie die Befreiung des Proletariats nur durch die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, so auch die Emanzipation der Frau nur durch die Abschaffung des Privateigentums möglich ist. Jedoch von dieser Wahrheit ist es ein weiter Weg bis zum grundsätzlichen Ausschluß der Frauen von jeder politischen und wirtschaftlichen Bewegung."

Auf seiner 6. Generalversammlung 1867 nahm der lassalleanische Allgemeine Deutsche Arbeiterverein die folgende Position ein:

„Die Beschäftigung der Frauen in den Werkstätten der großen Industrie ist einer der empörendsten Mißstände unseres Zeitalters. Empörend, weil die materielle Lage der Arbeiterklasse dadurch nicht gehoben, sondern verschlechtert und die Arbeiterbevölkerung besonders durch die Vernichtung der Familie in einen elenden Zustand versetzt wird, in dem sie auch den letzten Rest von idealen Gütern verliert, den sie noch immer hatte. Um so mehr ist heute das Streben zu verwerfen, den Markt für die Frauenarbeit noch zu vergrößern. Abhilfe gewährt nur die Beseitigung der Kapitalherrschaft, indem durch positive organische Einrichtungen das Lohnverhältnis aufgehoben und jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit gewährt wird" (zitiert in Werner Thönnessen, *Frauenemanzipation - Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933).*

Zur gleichen Zeit erhoben die Lassalleaner eine Forderung nach Lohn für Hausarbeit und riefen ausgehend davon,



Während des Züricher Kongresses der Zweiten Internationale 1893. Von links nach rechts: Dr. Friedrich Simon, Frieda Simon, Clara Zetkin, Engels, Julie und August Bebel, Ernst Schaffer, Regine und Eduard Bernstein.

die Männer zum *Streik* auf, um die Frauen von der Industrie fernzuhalten, damit die Löhne der Männer aufrechterhalten werden könnten - in der Hoffnung, daß dies die Familie ökonomisch stärken und somit die Frauen ermuntern würde, zu heiraten statt arbeiten zu gehen.

Selbst die Anhänger von Marx hatten nicht in jedem historischen Moment einen klaren Standpunkt zur Frauenfrage. Marx analysierte korrekt die Notwendigkeit weiblicher Arbeitskraft für die Kapitalisten:

> „Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum *Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft* oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. *Weiber- und Kinderarbeit* war daher das erste Wort der *kapitalistischen* Anwendung der Maschinerie! Dies gewaltige Ersatzmittel von Arbeit und Arbeitern verwandelte sich damit sofort in ein Mittel, *die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren* durch Einreihung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie, ohne Unterschied von Geschlecht und Alter, unter die unmittelbare Botmäßigkeit des Kapitals. Die Zwangsarbeit für den Kapitalisten usurpierte nicht nur die Stelle des Kinderspiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreis, innerhalb sittlicher Schranke, *für* die Familie selbst" (Marx, *Das Kapital*, Band I - Hervorhebung im Original).

Und im *Kommunistischen Manifest* hatte er die „bürgerlichen Redensarten" über das „traute Verhältnis von Eltern und Kindern" ekelhaft genannt und hatte in der *Heiligen Familie* den Schwindel der bürgerlichen Heirat und Familie verhöhnt, indem er Fourier zitierte: „Wie in der Grammatik zwei Verneinungen gleich einer Bejahung sind, so, kann man sagen, sind *im Ehehandel zwei Prostitutionen gleich einer Tugend*".

Nichtsdestoweniger veröffentlichte die embryonale deutsche Abteilung der von Marx geleiteten Internationalen Arbeiterassoziation (Erste Internationale) folgende Passage in einer Denkschrift von 1866:

> „Den Frauen und Müttern gehören die Haus- und Familienarbeiten, die Pflege, Überwachung und erste Erziehung der Kinder, wozu allerdings eine angemessene Erziehung der Frauen und Mütter vorausgesetzt werden muß. Die Frau und Mutter soll neben der ernsten öffentlichen und Familienpflicht des Mannes und Vaters die Gemüthlichkeit und Poesie des häuslichen Lebens vertreten, Anmuth und Schönheit in die gesellschaftlichen Umgangsformen bringen und den Lebensgenuß der Menschheit veredelnd erhöhen" (zitiert in Thönnessen, *Frauenemanzipation).*

Der Wunsch der Sozialisten, die Frauen von der real existierenden Brutalität in der Fabrik zu schützen und sie auf die „Gemüthlichkeit und Poesie" des Heims zu beschränken, ist verständlich. Die Arbeitsbedingungen, besonders für unorganisierte Frauen und Kinder, waren während dieser Periode rapider industrieller Expansion in Deutschland einfach grauenhaft. Und während die Eltern arbeiteten, waren die proletarischen Kinder auf der Straße sich selbst überlassen. Hohe Kindersterblichkeit, überfüllte Stadtwohnungen, Krankheit und Hungertod waren die Kennzeichen des aufsteigenden Kapitalismus. Zudem stellte der Zustrom von Frauen, die normalerweise für die gleiche Arbeit einen geringeren Lohn als die Männer erhielten, eine klare und unmittelbare Bedrohung der Arbeiterbewegung dar. Deswegen schien, obwohl die Integration von Frauen in die Industrie später ein unbestrittener Punkt des marxistisch-leninistischen Programms wurde, seine Richtigkeit zu dieser Zeit alles andere als offensichtlich zu sein.

Marx argumentierte im *Kapital* folgendermaßen:

> „So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichts destoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter" (Marx, *Das Kapital,* Band I).

Diese materialistische Analyse, die über unmittelbare Verhältnisse hinausblickte und anerkannte, daß die *Lohnarbeit*

die Tür zur einzig realen Möglichkeit fundamentalen sozialen Wandels durch den Besitz der industriellen Macht öffnete, war es, welche die Marxisten im Lauf der Zeit befähigte, eine korrekte revolutionäre Perspektive zu entwickeln, wohingegen die Positionen der Lassalleaner auf die bürgerlichen Vorurteile dieser Zeit begründet blieben.

Arbeitsschutzgesetzgebung

Die Frage der Arbeitsschutzgesetzgebung für Frauen ähnelte in vieler Hinsicht dem Streit über die Einbeziehung der Frauen in die Industrie. Auch hier war es eine Tatsache, daß die damaligen Arbeitsbedingungen für Frauen sogar noch schlechter als die der Männer waren. Frauen, die wenig berufliche Qualifikationen besaßen und kaum Erziehung genossen hatten und denen man seit ihrer Kindheit Unterwürfigkeit anerzogen hatte, waren der schlimmsten Ausbeutung ausgesetzt. So entwickelte sich eine weitverbreitete Forderung nach besonderen Schutzgesetzen für Arbeiterinnen — eine Forderung, die deshalb sehr radikal war, weil sie das Recht des Unternehmers, die Arbeitsbedingungen zu bestimmen, direkt in Frage stellte.

1869 wurde die Frage der Schutzgesetze auf der Eisenacher Konferenz in der neugegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der ersten organisierten marxistischen Gruppe in Deutschland, diskutiert. Unter Anleitung August Bebels und Wilhelm Liebknechts wurde, in Opposition zu einer lassalleanischen Tendenz in der Partei, ein erfolgreicher Kampf für die Beschränkung der Frauen- und das Verbot der Kinderarbeit geführt. Während dies noch keine revolutionäre Position zu dieser Frage bedeutete, wurde nichtsdestoweniger die Einbeziehung von Frauen in die erwerbstätige Bevölkerung als fortschrittlich angesehen: die Frage, die sich für Sozialisten danach stellte, war, *wie* dies geschehen sollte.

Auf dem Vereinigungsparteitag der Lassalleaner und der Eisenacher 1875 in Gotha wurde ein Kompromißprogramm angenommen, das im allgemeinen die Theorien der Lassalleaner denen der Marxisten vorzog, aber dem marxistischen Standpunkt in Befürwortung einer Kinder- und Frauenarbeitsschutzgesetzgebung näher stand. Dies blieb die offizielle Position der SPD bis zu ihrer Legalisierung durch die Außerkraftsetzung der repressiven Sozialistengesetze im Jahre 1890.

Auf dem Parteitag in Halle im gleichen Jahre legten die Führerinnen der Parteiarbeit unter den Frauen — Emma Ihrer, Luise Zietz, Clara Zetkin - eine Position dar, die spezielle Privilegien für Frauen *zurückwies*, während sie den Schutz *aller* Arbeiter forderte. Aber dieser Standpunkt, der die Frage einer Arbeitsschutzgesetzgebung für Frauen korrekt beantwortete, wurde von der Partei abgelehnt.

Frauenwahlrecht

Die Wahlrechtsfrage war für die sozialistische Bewegung in Deutschland aufgrund der willkürlichen und antiproletarischen Wahlrechtsgesetze, die bis 1918 in Kraft blieben, besonders wichtig. Selbst noch 1908, als die SPD erstmals sechs Sitze im preußischen Landtag gewann, wurden die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten mit 600 000 Stimmen gewählt, während die Konservativen mit 418 000 Stimmen 212 Sitze erhielten!

Aber sogar um die Wahlrechtsfrage gab es jahrelang Streit, bevor eine klare und eindeutige Position für die Unterstützung des Frauenwahlrechts herausgearbeitet wurde. Die Lassalleaner hatten sich für gleiches und direktes Wahlrecht für *Männer* ab 20 Jahren ausgesprochen. Auf dem Eisenacher Parteitag von 1869 erlitt der Vorschlag der Marxisten für das

Keinerlei „Frauensolidarität" durch die imperialistische EG! Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!

KK Foto



Mit Parolen wie „Frauenbefreiung durch proletarische Revolution! Gegen die Klassenkollaboration des Feminismus! Nieder mit der imperialistischen EG! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!" trat die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) der „Frauensolaritäts"-Heuchelei der von bürgerlichen Politikerinnen wie Dörte Döring von der FDP, Feministinnen und der Europäischen Gemeinschaft organisierten und unterstützten „1. Berliner Frauenkonferenz" am 16. September entgegen. Zusammen mit diversen „autonomen" Frauengruppen (unter ihnen die Herausgeberinnen der *Courage*) hatten sie sich auf dem Treffen hingesetzt, um in „solidarischer Diskussion" einen gemeinsamen Forderungskatalog, gerichtet an den bürgerlichen Staat und an das fragile Bündnis der europäischen Bourgeoisien, die EG, zu erstellen. „Solidarität unter Frauen", die bis zu der in einem Referat vertretenen Meinung führte, daß weibliche Kapitalisten „Beispiele setzen könnten für die Chancengleichheit von Mann und Frau", war der Tenor dieser Konferenz, die deutlich zeigte, daß die „neue" Frauenbewegung trotz aller Abgrenzungsversuche im bürgerlichen Fahrwasser schwimmt.

Ihr Charakter als „Männerbund" war der Hauptvorwurf der autonomen Feministinnen an die EG. Gewiß ist es für bürgerliche Institutionen und Bündnisse bezeichnend, daß Männer in ihnen das Sagen haben. Aber die Unterdrückung der Frauen innerhalb der EG resultiert vor allem daraus, daß die EG ein Zusammenschluß *kapitalistischer* Staaten ist, die *naturgemäß* die Frau diskriminieren, die sich eine industrielle Reservearmee halten und für die selbst die völlig unzureichende Forderung „gleicher Lohn für Mann und Frau" ein Stück Papier, nämlich der Artikel 119 des EWG-Vertrages ist.

Weder ein „Jahr der Frau" (UNO), weder ein Europäisches Parlament noch die autonome, feministische Organisierung von Frauen als das Nonplusultra der Frauenbefreiung wird die Fesseln der Unterdrückung der Frau sprengen. Nur der Kampf für die Schaffung einer proletarischen Avantgardepartei, für die Organisierung einer *kommunistischen* Frauenbewegung, gegen die imperialistische EG, für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa wird das Ende jeglicher Diskriminierung, Demütigung, Knechtung, Versklavung und Unterdrückung ermöglichen. Für Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!

Stimmrecht „aller Staatsangehörigen“ eine Niederlage.

Auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag sechs Jahre später kämpften Bebel und Liebknecht energisch für das gleiche Wahlrecht. Liebknecht sagte :

> „Es wird freilich zur Bekämpfung des Frauenstimmrechts vielfach geltend gemacht, daß die Frauen keine politische Bildung besitzen. Nun, es gibt auch Männer genug, die in derselben Lage sind, und dann dürften wir auch diese nicht wählen lassen. Das ‚Stimmvieh', welches bei allen Wahlen figuriert hat, bestand nicht aus Weibern. Eine Partei, welche die Gleichheit auf ihr Banner schreibt, schlägt sich selbst ins Gesicht, wenn sie der Hälfte des Menschengeschlechts die politischen Rechte versagt“ (zitiert in Thönnessen, *Frauenemanzipation).*

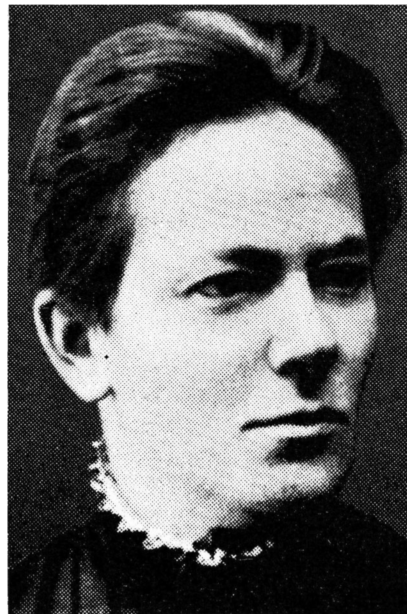
Bebels Zusatzantrag wurde niedergestimmt, aber ein Vorschlag für ein „allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahr an“ wurde in das Programm mitaufgenommen. Diese Formulierung umging elegant die Frage, ob oder ob nicht die Frauen ein Bestandteil der Staatsangehörigen seien. 1891 schließlich wurde im Erfurter Programm die volle und unzweideutige Unterstützung für das Frauenwahlrecht gefordert, nämlich „allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts“. Es forderte weiterhin: „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne be- nachtheiligen“ sowie die „Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung ... für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden“.

Nach 15 Jahren des Kampfes hatte die Partei schließlich eine entschiedene Haltung für die Frauenemanzipation eingenommen, aber das Erfurter Programm, in dem diese Position zum Ausdruck kam, trug auch den Keim der wachsenden politischen Kluft in sich, die die Partei bereits zu entzweien begonnen hatte. Der revolutionär tönende theoretische Teil des Programms schlug sich kaum in dem im wesentlichen reformistischen programmatischen Teil nieder. Der rechte Flügel der Partei betrachtete, wie sich später herausstellte, die Wahlrechtsfrage lediglich als ein Hilfsmittel für seine parlamentarischen Ambitionen. Das Frauenwahlrecht, das für Revolutionäre ein Mittel zur Erziehung der ganzen Klasse für revolutionäre Kämpfe darstellte, war für die Revisionisten einfach ein Trick von vielen, um im Rahmen der bürgerlichen Ordnung Stimmen zu ergattern.

Clara Zetkin

Ein herausragender Meilenstein in der Geschichte der Klärung der SPD-Haltung bezüglich der Arbeit unter Frauen war Clara Zetkins Broschüre *Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart* (1889), die die zentralen Bestandteile dieser allgemein diskutierten Frage zu einer Synthese verband. Die Standpunkte, die sie darlegte - vor allem ihr Insistieren darauf, daß die sozialistische Frauenbewegung außerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung als ganzer nicht existieren könne - wurden später von der Dritten Internationale in den Jahren 1919-22 übernommen und bleiben auch heute im wesentlichen die Positionen der Marxisten.

„Diesen Notwendigkeiten entsprechend, muß die Frau trotz aller spießbürgerlichen Heulmeiereien industriell thätig bleiben, ja der Kreis ihrer industriellen Thätigkeit muß sich täglich weiter ausbreiten und befestigen“, schrieb Zetkin in ihrer Broschüre; diese basierte nicht nur auf den Schriften



Clara Zetkin, Redakteurin der GLEICHHEIT und eine Führerin des linken Flügels der SPD. ~

von Marx, sondern auch auf der marxistischen Position zur Frauenfrage, wie sie in August Bebels *Die Frau und der Sozialismus* (1878) und Friedrich Engels' *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* (1884) dargelegt ist. Sie zeigte auf, wie die Industrialisierung den Kapitalismus bereits zu zwingen begann, einige der Funktionen der Familie (z. B. Erziehung) zu übernehmen, aber sie bestand darauf, daß nur der Sozialismus die Möglichkeit der Vergesellschaftung *aller* wesentlichen Familienfunktionen garantieren und somit die Grundlage für die Befreiung der Frauen schaffen könnte.

Gegen jene, die einwandten, daß die Frauenarbeit abgeschafft werden sollte, weil sie den Frauen schade, argumentierte Zetkin, daß der Ausschluß der Frauen aus der Industrie ein reaktionärer Vorschlag sei, der die Verbannung der Frauen in ihre früheren Positionen der Machtlosigkeit zum Ergebnis haben würde und daß die destruktiven Auswirkungen der Arbeit auf Frauen nur durch die Sozialisierung der Arbeit, d. h. durch die sozialistische Revolution überwunden werden könnten. Zur Erreichung dieses Ziels, behauptete sie, sei die Industrialisierung und Erziehung von Frauen als Bestandteil der organisierten Arbeiterklasse *wesentlich :*

> „Die Organisation und Aufklärung der Arbeiterinnen, der Kampf für ihre ökonomische und politische Gleichberechtigung ist nicht nur wünschenswerth für die sozialistische Bewegung, sie ist und wird immer mehr zu einer *Lebensfrage* für dieselbe, je mehr die Fortentwicklung der Industrie den Mann aus der Produktion verdrängt, je riesiger < das Heer des weiblichen Proletariats anschwillt. *Eine sozialistische Bewegung, die nicht nur von dem männlichen Proletariat, sondern von den Millionen der Industriearbeiterinnen getragen wird, muß doppelt schnell zum Sieg, zur politischen und wirtschaftlichen Befreiung der gesammten Arbeiterklasse führen“* (Clara Zetkin, *Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart* - Hervorhebung im Original).

1891, im Jahr des Erfurter Parteitages, wurden Zetkin und Emma Ihrer die Herausgeber einer besonderen SPD-Zeitung, die sich speziell mit der Frage der Frauenemanzipation beschäftigen sollte. Sie hieß *Die Gleichheit.* Die Herausgeber schrieben, sie würden

> „mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, weil sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden

Eigenthums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Bewegung anschließen... Der charakteristische Standpunkt, der Standpunkt des Klassenkampfes aber muß in einem Organ für die Interessen der proletarischen Frauen scharf und unzweideutig betont werden. Und dies um so schärfer, je mehr sich die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen angelegen sein lassen, durch allgemeine humanitäre Phrasen und kleinliche Konzessionen an Reformforderungen der Arbeiterinnen Quertreiberei unter die proletarische Frauenwelt zu tragen und sie dem Klassenkampf entziehen zu wollen. Gerade aber die proletarischen Frauen für den Klassenkampf zu schulen, das wird auch in Zukunft die vornehmste Aufgabe der ‚Gleichheit' bleiben“ (*Die Gleichheit*, 11. Jahrgang Nr. 1, 1901, zitiert in Thönnessen, *Frauenemanzipation).*

Die folgenden zehn Jahre waren für die SPD außerordentlich erfolgreich, insbesondere für ihre Arbeit unter Frauen, aber ihre Tätigkeit wurde durch die wachsende politische Differenzierung in der Partei, die 1914 zu einer offenen Spaltung fuhren sollte, überschattet. So stand die Intervention der Partei in die Massenbewegung, durch das Medium der *Gleichheit*, obwohl in Übereinstimmung mit dem theoretischen Standpunkt der Partei, im Widerspruch zu den generellen Entwicklungstendenzen der Parteiführer um Karl Kautsky, die nur den rein parlamentarischen und tradeunionistischen Appetit ihrer Wählerschaft zu befriedigen gedachten. Denn eine Verschiebung zugunsten eines noch größeren Vertrauens in die Möglichkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwandlung mittels parlamentarischer Aktivitäten ging vor sich. Da die Parteibasis hauptsächlich aus dem industriellen Proletariat und dessen Gewerkschaftsführung bestand, gab es einen starken Druck, Konzessionen gegenüber reinem Tradeunionismus zu machen. Zudem übertraf während dieser Periode die Mitgliedschaft der Gewerkschaften zunehmend die der SPD. In Übereinstimmung mit der „Zwei-Säulen“-Theorie (daß die Gewerkschaften sich mit ökonomischen Fragen beschäftigen und die Partei „politische“ Fragen erledigt) nahmen die Gewerkschaften eine politisch „neutrale“ Haltung ein. Erst im nächsten Jahrzehnt brach dieser illusorische Kompromiß zusammen, als die Gewerkschaftsführungen ihre fundamental reformistischen Absichten unter Beweis stellten. Vor die Wahl gestellt, kapitulierte die Parteiführung um Kautsky.

Die zentrale Führung der Arbeit unter den Frauen, besonders Zetkin, bekämpfte den Rechtsdrift der Parteimehrheit. Während dieser ganzen Periode, praktisch bis 1916, als man Zetkin schließlich aus der Redaktion entfernte, wurde *Die Gleichheit* wiederholt vom rechten Flügel angegriffen; sie sei zu theoretisch, zu schwerverständlich, nicht „populär“ genug. Es wurden Versuche gemacht, die Zeitung zu liquidieren und statt dessen eine Sonntagsbeilage zu drucken, die die Frauenfrage behandeln und „durchaus gemeinverständlich“ geschrieben sein sollte. Zetkin, Zietz, Ihrer und andere wandten ein, daß die Zeitung nicht als ein Familienblatt, sondern als ein Instrument für die theoretische Schulung von Revolutionären gedacht sei, daß sie eine Form der besonderen Arbeit unter politisch bewußten Frauen, primär an die weiblichen Mitglieder und Sympathisanten der SPD gerichtet, darstelle. Jahr um Jahr blockten die Linken diese Versuche ab, die Zeitung zu „vereinfachen“ (sprich: zu entpolitisieren); es gelang ihnen, die Liquidierung bis 1916, zwei Jahre nach dem entscheidenden politischen Verrat durch die Parteimehrheit, zu verhindern.

Es ist bedeutend, daß die wachsenden revisionistischen Strömungen innerhalb der Partei unter den Lesern und Unterstützern der *Gleichheit* beträchtlich schwächer waren. Als die Reichstagsfraktion der SPD 1914 für die Kriegskredite stimmte, ging die *Gleichheit* in die offene Opposition. Es war der systematischen politischen Erziehung, die durchgeführt wurde, und der unbeugsamen Führung der Parteiarbeit unter den Frauen zu verdanken, daß die meisten der erfahrenen Genossinnen und Genossen, die in diese Arbeit einbezogen waren, nicht auf der Seite der reformistischen Parteimehrheit standen. Von diesem Zeitpunkt bis Zetkins endgültiger Absetzung als Redakteurin, genoß *Die Gleichheit* den Ruf als die internationale Frauenpublikation, die sich dem imperialistischen Krieg widersetzte. Sie diente als eines der wenigen Sprachrohre des linken Antikriegsflügels der Zweiten Internationale und wurde — durch Beziehungen zu linken Sozialisten in Rußland, Österreich, England, Belgien, den Vereinigten Staaten und anderswo - eine politische Brücke für viele Frauen, die später ihren Weg zur Dritten Internationale fanden.

Der zweite Teil dieses Artikels, der die Periode 1900-14 behandelt und sich auf die Schaffung einer Frauensektion der Partei, den Kampf gegen feministische Strömungen in der Partei und die größer werdende Kluft, die schließlich zur Spaltung der SPD im Jahre 1914 führte, konzentriert, erscheint in der nächsten Ausgabe der Kommunistischen Korrespondenz.

Westdeutsche Linke...

Fortsetzung von Seite 4

des Berliner Richters Drenckmann als „konterrevolutionär" (*KVZ,* 5. Dezember 1974). Im Mai dieses Jahres dagegen propagierte der KBW den gleichen „Banden-kriegs"- Blödsinn wie die KPD.

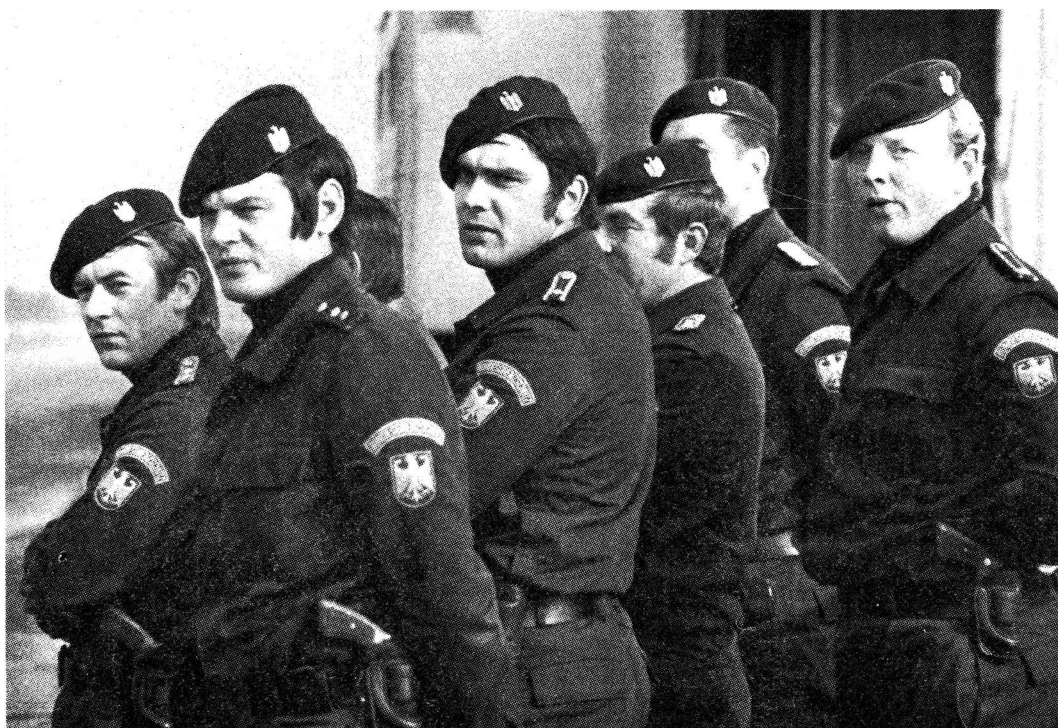
Da erging sich nämlich die *Kommunistische Volkszeitung* (5. Mai) in ekelhafter Weise über das „feine Leben der RAF-Mitglieder" (vielleicht meinen sie Holger Meins und Ulrike Meinhof, die im Gefängnis starben?). Und oberlehrerhaft führt der KBW aus: „Die RAF ist niemals zielstrebig terroristisch vorgegangen. Die RAF hat Bomben gelegt, um Aufsehen zu erregen. *Es war, als wenn ein Teil der Bourgeoisie den anderen darauf aufmerksam machen wollte, daß wirklich was geschehen müsse"* (Hervorhebung von uns). Eigenartigerweise hat jedoch die Kapitalistenklasse die RAF- Leute, die darauf spezialisiert sind, prominente Repräsentanten der Bourgeoisie zu entführen und umzubringen, nicht als die Ihren akzeptiert. Aus irgendeinem unerklärlichen Grunde fährt die westdeutsche Regierung hartnäckig fort, diese Organisation und ihre „Sympathisanten" auszumerzen und die spektakulären Aktionen der RAF als Vorwand zu benutzen, einen Schlag gegen die selbsternannten Kommunisten (die sogenannten „K-Gruppen") zu landen.

SB, DKP, KPD und KBW schreiben die Rote Armee Fraktion einfach als einen Bestandteil der Linken ab, um der Verpflichtung zu entgehen, zu ihrer Verteidigung gegen die mörderische Repression des westdeutschen Staats aufzurufen. Im Gegensatz dazu stellt der kritisch-maoistische KB gleich im ersten Absatz der Erklärung seines Leitenden Gremiums *{Arbeiterkampf,* 19. September) fest, daß er sich nicht an der „von Strauß, Schmidt & Co. befohlenen Abgrenzungshysterie innerhalb der Linken" beteiligen werde. Er „bedauert die Haltung einiger linker Persönlichkeiten und Organisationen (SB), sich mit unwürdigen ‚Abgrenzungs'-Beiträgen beifallheischend in die Spalten der Regimepresse zu drängeln".

Aber schon hier kommt der versteckte Opportunismus des KB zum Vorschein. Der KB nennt die RAF zwar „Genossen", fordert aber nicht die *Freilassung der RAF-Gefangenen,* erklärt auch nicht, warum er das nicht mehr tut. (Früher hat er das ja getan, wenn auch unter der völlig falschen liberalen Losung „Freiheit für alle politischen Gefangenen", die auch rechte politische Gefangene wie z. B. Rudolf Hess einschließen würde.) Das einzige, was als verschämte Erklärung für diesen klammheimlichen Schwenk des KB herhalten kann, ist die Feststellung, „die westdeutsche Linke" könne „derzeit" keinen „einigermaßen glaubhaft und Erfolgsaussichten versprechenden Vorschlag zur ‚Befreiung' der politischen Gefangenen" machen. Dies wird dann schön objektivistisch (Kautsky und Otto Bauer gratulieren herzlich) als „Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Klassen in der BRD zueinander" gedeutet.

Andererseits ist der KB besorgt über die „Zunahme verzweifelter bewaffneter Einzelangriffe' durch Genossen, die — ohne Vertrauen in die historische Kraft der Arbeiterbewegung - keinen anderen ‚Ausweg' mehr erkennen können". Dies ist zur Zeit unvermeidbar, „die terroristischen Aktivitäten in der BRD werden sich steigern". Denn: „Die relative Schwäche der westdeutschen Linken verschlimmert diese Lage, da sie gegenüber den zukünftigen Terroristen' kurzfristig keine glaubhafte Alternative für einen mittelfristigen Zeitraum anbieten kann." Aber eine solche Alternative, ob kurz-, mittel- oder langfristig, kann nur durch eine politische Perspektive, ein politisches Programm aufgezeigt werden. Und Programmatisches scheut der KB fast so wie der Teufel das Weihwasser. „Es hat bei uns in der Tat Tradition, daß wir uns sehr wenig mit den sogenannten ‚Programmfragen' befassen", schreibt der KB selbstgefällig, „sondern in allererster Linie mit *konkreten, praktischen* Fragen des politischen Kampfes" *(Arbeiterkampf,* 5. September). Damit weist der KB selber nach, daß *er* nie imstande sein wird, diese Alternative zu bilden - weder für verzweifelte Individuen noch für die Arbeiterklasse insgesamt.

Die Forderung nach Freiheit für die Opfer des reaktionären Terrors der Bourgeoisie ist nur ein Punkt unseres revolutionären Programms, aber ein unverzichtbarer. Sie bloß aufstellen zu wollen, wenn ihre Durchsetzung einigermaßen realisierbar erscheint, ist nur ein Zurückweichen vor dem Druck der „öffentlichen Meinung". Gerade die proletarischen Genossen,



GSG 9 - die „Anti-terror"-Elite-Einheit des Bundesgrenzschutzes.

„Landshut"-Entführung!: Nieder mit kriminellem, wahllosem Terror! Stamnheim: Für eine internationale Untersuchungskommission!

22. Oktober - Die sich überschlagenden Ereignisse der letzten Tage, die, wie schon die Schleyer-Entführung vor Wochen, in der Linken Konfusion, Opportunismus und Panikmache hervorgerufen haben, verlangen eine eindeutige Stellungnahme von Kommunisten.

Die Verbindung zwischen den Schleyer- Attentätern und den Entführern des Lufthansa-Flugzeugs „Landshut" ist noch unklar. Klar aber ist unsere Haltung zu dieser Aktion: Die Entführung der Lufthansa-Boeing, die Geiselnahme von 86 unschuldigen Passagieren war ein nicht verteidigbarer Akt wahllosen, kriminellen Terrors gegen eine zufällige Gruppe von Menschen, die Erschießung des Flugkapitäns Schumann ein abscheulicher Mord. Diese verbrecherische Flugzeugentführung war darüberhinaus ein Akt vollkommener Dummheit, bei dem eine Handvoll von Terroristen glaubte, gegen eine maximal geschützte Bourgeoisie, gegen deren enorme physische und militärische Ressourcen mit einem kriminellen Anschlag auf unschuldige Touristen vorgehen zu können. Dies ermöglichte es der zynischen westdeutschen Regierung mit ihren „humanitären" Bestrebungen, den überwältigenden Teil der öffentlichen Meinung gegen die „Terroristen" zu mobilisieren — und zwar nicht nur gegen die abenteuerlichen und kriminellen Flugzeugentführer, sondern auch gegen die hilflosen Linken in den bundesdeutschen Gefängnissen.

Doch der Jubel der Bourgeoisie über „unsere Männer von der GSG-9", die inzwischen mit dem Bundes verdienstkreuz ausgezeichnet wurden, hat durch den mysteriösen Tod Baaders, Ensslins und Raspes in Stammheim einen erheblichen Dämpfer erhalten. Der baden-württembergische Justizminister Traugott Bender mußte bereits von seinem Amt zurücktreten. Ehemalige Anwälte dieser RAF-Gefangenen bezweifeln die „Selbstmord"-These. Um die merkwürdigen Umstände beim Tod des Restkerns der alten RAF aufzuklären, muß eine internationale Untersuchungskommission eingesetzt werden. Was auch immer die genauen Tatumstände gewesen sein mögen, zentrale Tatsache bleibt, daß die reaktionäre Hexenjagd der westdeutschen Bourgeoisie einen schweren Angriff gegen die elementaren demokratischen Rechte aller Linken und sogar Liberalen darstellen, die sich der Einschüchterung und dem Terror des kapitalistischen Staates widersetzen.

Die mutige, aber verfehlte Konzeption der RAF im Kampf gegen Imperialismus und Unterdrückung ist erbärmlich gescheitert. Die westdeutsche Bourgeoisie sitzt weiterhin fest im Sattel und macht sich jede Aktion der zerfallenden neulinken RAF zunutze, um ihren Unterdrückungsapparat zu stärken - der letztendlich gegen die Arbeiterklasse eingesetzt wird. Der Imperialismus kann nur geschlagen werden, wenn der Weg der kleinbürgerlichen Verzweiflung zurückgewiesen wird und das *Proletariat* unter der Führung seiner trotzkistischen Avantgardepartei die Herrschaft der Bourgeoisie hinwegfegt, um die Rätemacht zu errichten.

die in den Betrieben einem erheblichen Druck ausgesetzt sind, in Situationen aufgepeitschter politischer Hetze in die Knie zu gehen, werden nur dann durchhalten, wenn ihre Organisation die größte Klarheit und Härte zeigt. Diejenigen, die das zynische Spiel nicht mitmachen, die RAF einfach aus der Linken „auszuschließen", dürfen die Forderung nach ihrer Freilassung nicht einfach „vergessen", weil sie unpopulär ist. Sie muß laut und unermüdlich erhoben werden.

Die niederträchtige Kapitulation der GIM

Es ist nicht überraschend, daß die strebsamen zukünftigen sozialdemokratischen Bürokraten und die maoistischen Vaterlandsverteidiger sich mit der Repression des bürgerlichen Staates gegen die „terroristische Bedrohung" solidarisieren. Obwohl jedoch selbst für diese schamlosen Reformisten ihre Kriecherei angesichts der Schleyer-Affäre einen neuen Tiefpunkt erreicht hat: die empörendste Kapitulation von allen kommt von den vorgeblichen Trotzkisten der Gruppe Internationale Marxisten, der deutschen Sektion des „Vereinigten Sekretariats". Diese Opportunisten, die einst einer „Guerilla-Strategie" in Lateinamerika das Wort redeten, Che Guevara verehrten und die „unaufhaltsame Himmelfahrt" des spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco (Resultat eines Bombenanschlags baskischer Nationalisten) „vorbehaltlos" unterstützten, kriechen jetzt unter das Bett, wenn die gleichen terroristischen Taktiken zuhause angewendet werden und die Bourgeoisie die reaktionäre Stimmung anheizt.

Beginnend mit der widerlichen Schlagzeile „Der individuelle Terror nützt nur der Rechten" ist die gesamte Ausgabe der *was tun* vom 15. September (Nr. 175) voll von legalistischem Gerede, verschleierten Verleumdungen von Opfern reaktionärer Repression und kriecherischer Apologien des bürgerlichen Staates. Um dieser ekelhaften Sammlung sozialdemokratischer Ausflüchte die Krone aufzusetzen, präsentiert die GIM ihr *eigenes* antiterroristisches Programm! „Unser ‚Programm gegen den Terror' ist ein Programm der Massenaktion gegen Arbeitslosigkeit und Atomfilz, für die gemeinsame Verteidigung der demokratischen Rechte."

Was für eine Verhöhnung des Marxismus! Die GIM weigert sich nicht nur, die RAF gegen die Hexenjagd des westdeutschen Staates zu verteidigen; diese Pseudotrotzkisten fallen nicht nur in die „antiterroristische" Hysterie der Regierung mit ein, sie sind nicht nur unfähig, die elementare *Klassenlinie* zwischen dem Terror des kapitalistischen Staates und dem der RAF zu ziehen, sondern diese verächtlichen Opportunisten auf voller Flucht nach rechts behaupten, daß sie ein besseres Programm zur Bekämpfung *linken* Terrors haben! Schande über Euch! Hat die GIM das Prinzip der Klassensolidarität gegen bürgerliche Repression „vergessen"? Hat sie den Klassencharakter des Staates „vergessen"?

Augenscheinlich hat sie das, denn die infame *was tun* Nr. 175 erklärt:

> „Die Entführer von Schleyer, die den Anlaß" für die staatliche Repression gegen die Linke „liefern, beweisen schon damit ihre unpolitische Haltung: Sie folgen der bloß ‚militärischen' Logik

eines Privatkrieges, der sich aus nichts rechtfertigt. Ihre Forderung der Gefangenenbefreiung zielt nur auf ihre eigene Aktionsfähigkeit. Ihr Vorgehen schließt den Tod der Begleiter Schleyers ein.“

Nach dieser „Anklageschrift“ gegen die RAF, die des SB würdig wäre, schlußfolgert die GIM:
„Bei den heutigen Gruppen, die eine Politik des individuellen Terrors verfolgen, ist eine Zurechnung zur Arbeiterbewegung außerordentlich in Frage gestellt... Wir diskutieren gegenwärtig weitergehende politische Schlußfolgerungen in unserer Organisation, die sich aus der neueren Entwicklung des individuellen Terrorismus ergeben.“
Es spricht Bände über die Politik der Pabloisten, die ihre Positionen mit dem kleinsten Stimmungsumschwung der kleinbürgerlichen öffentlichen Meinung ändern, daß die Leute, die auf dem Höhepunkt des guevaristischen Taumels eine Strategie des „lang andauernden Guerillakrieges“ in Lateinamerika



Ekelhafte Arbeitertümelei und Zynismus der GIM.

propagiert haben, jetzt jede Gruppe, die terroristische Methoden benutzt, aus der Linken ausgeschlossen wissen wollen.

Tatsächlich hat die zentristische VS-Mehrheit vor nicht allzulanger Zeit Aktionen des wahllosen Terrors durch nationalistische Gruppen entschuldigt, deren Opfer nicht Repräsentanten der Bourgeoisie, sondern zufällig getroffene Individuen waren. Das kriminelle Massaker der „Roten Armee Japans“ in Verbindung mit der palästinensischen PFLP an unschuldigen portorikanischen Baptisten, die als Touristen auf dem Flughafen Lod in Israel anwesend waren, wurde in *was tun* (Nr. 6, 1972) lediglich als ein „großer Fehler“ bezeichnet. Als israelische Sportler als Resultat der sinnlosen Geiselnahme durch die palästinensische nationalistische Gruppe „Schwarzer September“ getötet wurden, schrieb das politische Büro der französischen Sektion des VS, daß „die Aktion des Schwarzen September bedingungslos unterstützt werden muß“ *(Rouge,* 30. September 1972). Aber kaum entführen ein paar Terroristen aus der engeren Heimat - nicht exotische „Dritte-Welt-Terroristen“ - einen prominenten Industriellen und früheren Nazi, und schon stellt die schwankende und wankende GIM die Frage, ob die RAF noch ein Teil der Linken sei.

Die Schamlosigkeit der Pabloisten macht hier nicht halt. Die erste Reaktion der GIM auf den Kölner Anschlag war eine der Sympathie mit den toten Polizisten. „Wir empfinden keine Freude über die Entführung Schleyers/Nicht nur wegen des Tods von vier Polizisten, die zwar nicht unbeteiligt, aber doch nicht persönlich schuldig sind“ (*was tun,* 8. September). Sind die Polizisten etwa nicht der bewaffnete Arm des bürgerlichen Staates? Doch diese Infamie sollte nicht überraschen, da sie von Anhängern einer „Internationale“ kommt, deren spanische Sektion den francoistischen Staat auffordert, faschistische Banden aufzulösen, deren amerikanische „brüderliche“ Unterstützer die Armee des US- Imperialismus auffordern, die Schwarzen in Boston zu schützen und deren französische Sektion die gewerkschaftliche Organisierung von Polizisten für richtig hält. Vielleicht wird die GIM, in der Tradition der amerikanischen Socialist Workers Party, die 1963 ein Beileidstelegramm an die Witwe Kennedys schickte, demnächst öffentliche Sympathieerklärungen für die nächsten Verwandten der Bubacks, Pontos, Schleyers und deren „Begleiter“ publizieren.

Schluß mit der „Terroristen“-Hatz!

Die GIM versucht ihre Kapitulation mit einem Zitat aus einem Artikel Trotzkis zu stützen, der 1911 im *Kampf,* der Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, erschienen ist. Daraus druckt *was tun* Nr. 175 eine Passage ab, in der Trotzki zeigt, wie die Terroristen sich mit ihren Aktionen an die Stelle der Massen setzen, sie in politische Passivität treibend. Aber diese Renegaten des Trotzkismus mit ihren eingezogenen Köpfen haben es wohlweislich unterlassen, das Ende des Artikels abzudrucken, aus dem ein revolutionäres Feuer spricht, das offenbar zu heiß für die Seiten ihres ökonomistischen Blattes ist:

„Was auch die Eunuchen und die Pharisäer der Moral sagen mögen, das Rachegefühl hat seine legitimen Rechte. Es gereicht zur höchsten sittlichen Ehre der Arbeiterklasse, daß sie nicht mit blasierter Gleichgültigkeit zuzusehen imstande ist, wie es auf dieser besten aller Welten vor sich geht. Das unbefriedigte Rachegefühl des Proletariats nicht zu löschen, sondern umgekehrt es immer und immer von neuem aufzustacheln, ihm neue Nahrung zu geben, es zu verteidigen und auf die wirklichen Ursachen aller Ungerechtigkeit und menschlichen Niederträchtigkeit zu richten, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Wenn wir uns jedoch gegen die terroristischen Akte auflehnen, so nicht, weil wir das Recht der Rache aberkennen wollen, sondern umgekehrt, weil diese individuelle Rache uns nicht genügt. Zu groß ist die Rechnung, die wir mit der kapitalistischen Weltordnung zu bereinigen haben, um diese Rechnung einem ordinären Beamten, der Minister heißt, zu präsentieren. Alles Verbrechen an dem Menschen und alle Schmach des menschlichen Geistes als Auswüchse eines sozialen Systems auffassen zu lernen, um die gesamte Kraft zur kollektiven Bekämpfung dieses Systems einzusetzen, das ist der Weg, auf dem auch das flammende Rachebedürfnis seine höchste sittliche Befriedigung finden kann.“

Im Gegensatz zum Vereinigten Sekretariat hat die Spartacist League die Guerilla-Orientierung (sowohl in der städtischen wie in der ländlichen Variante)

Korrektur

Entgegen unserer Behauptung in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 19 („Russell-Initiative - Impotenter Propagandablock gegen bürgerliche Repression“) ist das Sozialistische Büro doch weiterhin Mitglied der — in sich zerrissenen — Russell-Initiative.

und den Terrorismus immer politisch bekämpft; es sind in Sackgassen endende Strategien des kleinbürgerlichen Abenteurertums, des Substitutionalismus und der Verzweiflung, die niemals zu dem revolutionären, sich auf Rätedemokratie gründenden Arbeiterstaat führen können, der unser Ziel ist. Darüberhinaus haben wir immer konsequent die falsche und gefährliche Politik des individuellen Terrors von der verbrecherischen Praxis des wahllosen Terrorismus unterschieden. Als die französische Sektion des VS die Aktion des Schwarzen September in München als „einen Akt legitimer Gewalt von Seiten eines Volkes, dem die internationale Reaktion und der Verrat der arabischen Bourgeoisien keine Chance gelassen haben“ bezeichnete, schrieb die Spartacist Tendenz:

> „Der unverteidigbare kleinbürgerliche terroristische Wahnwitz, der sich in München zeigte, entsprang der offenkundigen Festigung der israelischen Eroberungen, herausgerissen aus dem lebenden Körper der arabischen Völker... Das bürgerliche Empörungsgeschrei geht über die viel blutigere Vergeltung des israelischen Staates leicht hinweg... Doch wenn man auch verstehen kann, wie das Los des palästinensischen Volkes Gruppen wie die PFLP und den Schwarzen September zu verzweifelten und wahnwitzigen Taten treibt, so kann man trotzdem wahllosen Massenterror wie in München oder Lydda in keiner Weise verteidigen“ *(Workers Vanguard* Nr. 13, November 1972).

In dem selben Artikel, in dem wir den kriminellen Anschlag in München verurteilten, haben wir gleichzeitig unsere konsequente Verteidigung der gesamten Linken gegen den Terror des kapitalistischen Staates klargestellt: „Gegen den Klassenfeind gerichteter individueller Terror, wie gegenproduktiv und substitutionalistisch auch immer, bleibt ein Akt des Klassenhasses gegen die Unterdrückung, und die Täter müssen gegen die bürgerliche Repression verteidigt werden.“ Im Gegensatz zu den zeitweiligen parasitären Guerilla-Enthusiasten des VS, die jetzt feige nach Gründen suchen, um die RAF-Gefangenen nicht mehr verteidigen zu müssen, hat die internationale Spartacist Tendenz in ihrer Politik der Verteidigung der Linken keine Schandflecken zu verbergen.

- Freiheit für die Gefangenen der RAF!
- Freiheit für alle Gefangenen der Linken!
- Nieder mit der „antiterroristischen“ Hexenjagd!
- Für proletarische Aktionseinheit gegen die drohenden Verbotsanträge gegenüber „kommunistischen Organisationen“!
- Nieder mit allen Notstandsgesetzen!
- Für die Auflösung des Bundesgrenzschutzes und der Mobilen Einsatzkommandos!
- Zerschlagt die Berufsverbote — Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften!
- Für die proletarische Klassenjustiz einer Arbeiterregierung!

Dokumente zur“Varga-Affäre“

Der Kampf der internationalen Spartacist Tendenz für eine unparteiische Untersuchungskommission

Die französische Organisation Communiste Internationaliste (OCI) beschuldigte Balasz Nagy, bekannt als Michel Varga, den Führer der Ligue Internationale de Reconstruction de la Quatrième Internationale (LIRQUI) auf der Basis von 1973 veröffentlichten Exzerpten aus den Archiven Vargas als einen „von der CIA bezahlten Agenten“ und als einen „GPU-Provokateur“. Varga hatte sich, ursprünglich aus Ungarn (nach dem Aufstand von 1956) kommend, 1962 der OCI angeschlossen. Ende 1972 gab es eine Spaltung zwischen der OCI und Varga, der daraufhin die LIRQUI aufbaute.

Am 27. März formierte sich eine Untersuchungskommission, bestehend aus Vertretern von Lutte Ouvrière (Frankreich), der Ligue Communiste Révolutionnaire (Frankreich), der Socialist Workers Party (USA), der internationalen Spartacist Tendenz (iST) und der Workers Socialist League (Großbritannien), zu dem einzigen Zweck, die Beschuldigungen der OCI gegen Varga zu prüfen. Auf Basis der Untersuchung von gesammelten Dokumenten und Zeugenaussagen kam die Kommission in einer von der SWP, der LCR und der iST unterzeichneten Erklärung vom 29. Mai 1977 u. a. zu dem Schluß, daß die Beschuldigungen sich als unbewiesen herausstellten. Die iST fügte hinzu, daß die unbewiesenen Beschuldigungen der OCI als Verleumdungen charakterisiert werden müssen, daß Vargas Haltung, vor allem seine Weigerung, seine Vergangenheit zu erklären (1957—1960 bemühte sich , Varga um finanzielle Unterstützung des „Imre Nagy Instituts für politische Wissenschaft“ u. a. durch das U.S. State Department und Radio Freies Europa) da zu führen müssen, ihn als verdächtiges und in hohem Grade dubioses Individuum zu charakterisieren. Die iST verurteilt die Anwendung von Gewalt seitens der OCI gegen Varga-Unterstützer als von stalinistischen Methoden herrührend.

Die Ligue Trotskyste de France, sympathisierende Sektion der iST, veröffentlicht eine Broschüre zur „L'Affaire Varga“, die über die Anschrift der TLD zum Preis von 4,50 DM bezogen werden kann. Sie enthält Artikel und Briefwechsel über die Konstituierung der Untersuchungskommission, Auszüge aus einer Aussage Pierre Lamberts vor der Kommission, einen Brief der OCI an die Kommission vom 8. März 1977, des weiteren seitens der iST vorgeschlagene Schlußfolgerungen, Auszüge aus mehreren Zeugenaussagen vor der Kommission, Auszüge aus einem in *El Mundo* (12. Februar 1977) publizierten Varga-Interview, die Schlußfolgerungen der Kommission usw.

Die Broschüre dokumentiert den Kampf der iST für die Schaffung einer unparteiischen Untersuchungskommission in der Tradition der Dewey-Untersuchungskommission über die Moskauer Prozesse. Sie dokumentiert v den Kampf der iST für die Wahrung der Arbeiterdemokratie.

Ein auf der Einleitung zu dieser Broschüre basierender Artikel sowie das Ergebnis der Untersuchungskommission und die der Untersuchungskommission von der iST vorgeschlagenen Schlußfolgerungen, abgedruckt in *Workers Vanguard* Nr. 165, können gegen Einsendung von 0,70 DM ebenfalls über die Redaktionsanschrift der TLD bezogen werden.

OTR...

Fortsetzung von Seite 24

ne Kristallkugel. Wir wiederholten einfach die spanische Lehre; wir handelten, wie jede leninistische Partei es sollte, als das Gedächtnis der Arbeiterklasse. Das scheint sich wie das ABC des Trotzkismus anzuhören, doch gelang es jeder anderen internationalen Tendenz, die sich auf dieses Erbe beruft, den Volksfrontcharakter des Allende-Regimes zu verharmlosen oder direkt zu leugnen.

Innerhalb Chiles waren die Gruppen links von der kommunistischen und der sozialistischen Partei durch den Wahlsieg der UP 1970 desorientiert. Der offenkundigste Fall war der des castroistischen MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria - Bewegung der Revolutionären Linken), der Purzelbäume schlug von der guerilla - orientierten Ablehnung einer Wahlbeteiligung aus Prinzip

„Tatsächlich ist die Volksfront die Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie für diese Epoche. Sie bietet ebenso das beste Kriterium für den Unterschied zwischen Bolschewismus und Menschewismus“ (Leo Trotzki).

„das Gewehr, nicht die Wahlen!“) bis hin zur „kritischen“ Unterstützung Allendes. Selbst jene, die den Anspruch erhoben, den Trotzkismus zu repräsentieren, traten der UP versöhnlerisch gegenüber, indem sie die neue Regierung als „reformistisch“ einschätzten. Aber es gab eine kleine Gruppe innerhalb des chilenischen „trotzkistischen“ Umfeldes, im wesentlichen aus Gewerkschaftlern bestehend, die, getrieben von ihrer unbeugsamen Verteidigung der Arbeiterinteressen, zu dem Verständnis kam, daß die UP eine Volksfront wäre, der man direkt entgegentreten müßte. Aus diesem Kern entstand später die Organización Trotskista Revolucionaria, die 1974 die Lehren der Unidad Popular folgendermaßen zusammenfaßte:

> „Den Charakter der UP reformistisch zu nennen, heißt, sich am begangenen Verrat mitschuldig zu machen... So muß die Liste der alten Volksfronten, die das Modell zum Verrat der Arbeiterklasse abgeben, um die UP erweitert werden“ („Una derrota política y la necesidad de un balance“).

Kurz, die Fusion der internationalen Spartacist Tendenz und der chilenischen OTR bedeutet den Zusammenschluß *der* Strömung, die aus der Ferne einzigartig den tragischen Kurs der Allende-Regierung voraussagte und vor ihm warnte, mit jenen, die direkt mit der Popularität der UP konfrontiert waren (und ihre tödlichen Konsequenzen erlebten) und sich trotzdem weigerten, Kompromisse zu schließen oder die Verteidigung ihrer Klasse aufzugeben. Da die Volksfront in der Tat die zentrale Frage ist, der Leninisten in unserer Zeit gegenüberstehen, und Chile *das* schlagende Beispiel der Konsequenzen von Volksfrontpolitik der letzten Zeit ist, sollte die Vereinigung unserer Organisationen von allen ernsthaften Marxisten sorgsam studiert werden.

Die Entwicklung der OTR

Ungleich anderen Fusionsprozessen, in die die internationale Spartacist Tendenz eintrat, handelte es sich hierbei um das Zusammenkommen zweier Tendenzen, die bereits im Besitz der gleichen entscheidenden programmatischen Postúlate waren, im Unterschied zu dieser oder jener zentristischen Strömung, die in Bewegung geriet und für die Positionen der iST gewonnen wurde. Die proletarische revolutionäre Opposition der chilenischen OTR zur tödlichen Volksfront Allendes war bereits entscheidend. Aber die OTR, die in einem weit mehr örtlich begrenzten politisch-kulturellen Milieu als die iST arbeitete, mußte die internationale Arena erst vielfältig testen, um bestätigt zu finden, daß die verräterischen Aktivitäten der lokalen Vertreter des „Vereinigten Sekretariats“ (VS) Ernest Mandels und des „Organisationskomitees für den Wiederaufbau der Vierten Internationale“ (OK) der französischen OCI und der bolivianischen POR repräsentativ waren. Es war nicht einfach, die Fusion zustandezubringen. Zwar existierten für sie bereits zentrale Voraussetzungen, und doch war sie schwierig zu vollziehen, da die beiden Parteien, die einander auf vielerlei Art und Weise und wiederholt überprüften, von einem jeweils sehr unterschiedlichen besonderen Terrain kamen.

Um den Fusionsprozeß zu verstehen, ist es notwendig, sich zunächst die OTR anzusehen, wie sie vor dem Putsch in Chile existierte. Die Gruppe, die sich innerhalb der mit dem VS sympathisierenden Organisation der TRO (Revolutionäre Oktober-Tendenz) gebildet hatte, begann im wesentlichen als eine „workeristische“ Opposition zur Volksfront. Sie erhob auch Einspruch, obgleich in einer empirischen Weise, gegen die von der TRO seit langem praktizierte Politik des „tiefen Entrismus“ in der Sozialistischen Partei (PS) und zog später ihre Anhänger aus der PS zurück. Zum endgültigen Bruch kam es aufgrund einer prinzipienlosen Fusion der TRO mit der Gruppe von Luis Vitale zwecks Bildung der PSR (Revolutionäre Sozialistische Partei, der - für eine Weile - „offiziellen“ sympathisierenden Sektion des VS). Wegen der Unterbreitung eines gegen die Fusion gerichteten Dokuments wurde die Tendenz der zukünftigen OTR aus der neuen Organisation ausgeschlossen (und ihr Dokument unterdrückt).

Mit Mitgliedern, die Führer der Nationalen Kupferarbeitergewerkschaft gewesen waren, und mit der Unterstützung anderer Bergarbeiterführer opponierte die Tendenz, die sich zur OTR entwickelte, entschieden und durchgehend gegen die als „Produktionsschlacht“ deklarierte kriminelle Politik der Regierung Allendes. Dies war ein zynischer Slogan für die Erhöhung der Arbeitsintensität, da die selbsternannte „Volksregierung“ nichts an der Tatsache änderte, daß Chile ein kapitalistisches Land blieb. Als Allende bombastische Kampagnen für „Arbeitermitbestimmung“ startete - ein Modell, um das Proletariat zu überreden, sich der eigenen Ausbeutung zu fügen - , setzten Führer der OTR in dem nationalisierten Kupferbergwerkssektor die Forderung der Arbeiterkontrolle dagegen, deren Ziel es ist, den bürgerlichen Staat zu zerstören, nicht ihn zu reformieren. Im Gegensatz dazu unterstützten der MIR und der linke Flügel der PS, darunter besonders Sektoren mit einem gewissen „trotzkisierenden“ Nimbus, sowie Castro höchstpersönlich, die „Mitbestimmungs“-Projekte der UP. (Michel Pablo selber unternahm extra eine Reise nach Chile, um diesen Schwindel zu preisen und widmete ein Buch darüber seinem Freund, dem sozialistischen Wirtschaftsminister Pedro Vuskovic.)

Nach dem blutigen Pinochet-Putsch, als die Genossen der OTR gezwungen waren, ins Exil in benachbarte Länder oder nach Europa zu fliehen, bemühten sie sich, ihr Verständnis des chilenischen Fiaskos zu vertiefen und ihr internationales Verständnis in Diskussionen zuerst mit dem VS und dann mit dem OK zu erweitern. Sie entdeckten jedoch bald, daß der trotzkistische Anspruch dieser selbsternannten „Vierten Internationale“ falsch war. Das VS, das nachträglich erklärte, daß die UP explizit *keine* Volksfront gewesen war, und inzwischen *zwei* chilenische sympathisierende Gruppen hatte,

weigerte sich, auf dem 10. Weltkongreß eine Diskussion über das Allende-Regime zuzulassen, da beide internationale Fraktionen keinen Grund sahen, den Bankrott ihrer lokalen Anhänger zu enthüllen. Während das OK die UP als Volksfront bezeichnet hatte, charakterisierten seine chilenischen Gruppen (es besaß ebenfalls deren zwei!) sie entweder nicht als solche oder beschuldigten die Allende-Regierung, statt die Arbeiterparteien in ihr, des „Reformismus" und des Verrats. Zur selben Zeit rief die OCI in Frankreich zur Stimmabgabe für den Präsidentschaftskandidaten der Volksfront (Union de la Gauche) auf.

Die OTR kam das erste Mal mit der internationalen Spartacist Tendenz auf einer Protestveranstaltung am 11. September 1974 anläßlich des ersten Jahrestages des Putsches in Kontakt. Die Genossen lasen *Cuadernos Marxistas* Nr. 3 (eine Zusammenstellung von Artikeln aus *Spartacist* und *Workers Vanguard* über „Chile: Lehren der Volksfront", die zu dem ausdrücklichen Zweck publiziert wurde, chilenische Exilgruppen aufzuspüren, die versuchten, eine Bilanz der UP zu ziehen) und erklärten eine Woche später ihre fundamentale Übereinstimmung mit der Analyse und den programmatischen Schlußfolgerungen der iST. Aber als Internationalisten stimmten beide Parteien darin überein, daß es notwendig sei, alle grundsätzlichen Fragen zu diskutieren, denen Marxisten gegenüberstehen. Zusätzlich zur Ablehnung des VS und des OK wurde schnell Übereinstimmung darüber erreicht, daß die bolivianische POR Guillermo Loras 1952 wie 1971 gleichermaßen als Zentristen gehandelt hatte und daß das argentinische pseudotrotzkistische Altchamäleon Nahuel Moreno (dessen Weg vom Peronismus über den Guevarismus zur Sozialdemokratie verlief) definitiv zum Reformisten geworden war, der sich für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft einsetzt.

Vom Guevarismus zum Trotzkismus

Verschiedene Fragen wurden Gegenstand kontinuierlicher Diskussionen zwischen der iST und der OTR, so besonders Kuba, die Guerilla-Orientierung und die Sozialdemokratie. In der ersten Frage erreichten die Genossen der OTR, nachdem sie *Cuadernos Marxistas* Nr. 2 über „Kuba und die marxistische Theorie" *{Marxist Bulletin* Nr. 8; die Einleitung zum *MB* Nr. 8 findet sich auch in der Nr. 5 - Mai 1977 - der deutschen Ausgabe des *Spartacist)* studiert hatten, Übereinstimmung mit der Analyse dieses entscheidenden Beispiels einer Anwendung der trotzkistischen Position über die russische Frage durch die Spartacist Tendenz, was sich im Abschnitt IV der „Erklärung brüderlicher Beziehungen zwischen der internationalen Spartacist Tendenz und der Organización Trotskista Revolucionaria Chiles" („*Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 4, August 1976) widerspiegelt.

Die Position der OTR, daß die sozialdemokratischen Parteien qualitativ bürgerlicher als die Stalinisten seien, erwies sich als schwieriger zu klären. Dabei spielte die national-kontinentale Isolation der chilenischen vorgeblich trotzkistischen Bewegung eine wichtige Rolle — wofür die Pseudo-"Internationalen" die Verantwortung tragen, die nichts oder wenig taten, um ihre diversen „Sektionen" zu integrieren oder politisch zu erziehen. All die Parteien, die in Lateinamerika der Zweiten Internationale angeschlossen sind (die chilenischen Radikalen, die venezulanische Acción Democrática, die peruanische APRA, die puertorikanische PPD, usw.), sind in der Tat unbestreitbar bürgerliche Parteien mit etwas populistischen Zügen und einer in der Regel betont proamerikanischen Außenpolitik. Doch nachdem sich die OTR mit den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas vertraut gemacht hatte und nach Diskussionen darüber, was die Charakterisierung der Sozialdemokratie als „bürgerlich, mit einer proletarischen Basis" für taktische Implikationen zur Folge hat, stimmte die OTR der Beschreibung der sozialdemokratischen Massenparteien der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder als reformistischen zu, das heißt „bürgerlichen Arbeiterparteien", um Lenins Worte zu gebrauchen.

Der wichtigste und schwierigste Streitpunkt war die Frage der Guerilla-Orientierung, denn hier gab es anfänglich scharfe Differenzen, und es war eine Frage, die direkt mit den Ursprüngen der OTR verbunden war. Eine der ersten Beschuldigungen, die die Tendenz, die sich später zur OTR entwickelte, gegen die Führung der chilenischen VS-Sektion erhob, war der, sie habe es unterlassen, die guerilla- orientierte Politik der Resolution des 9. Weltkongresses über den bewaffneten Kampf durchzuführen. Wie viele Pabloisten dachten die Genossen, daß Guevara selber mit dem Stalinismus, wenn auch auf eine empirische Weise, gebrochen habe oder brechen wollte. Obwohl die OTR die guevaristische Focus-Konzeption und die Stadtguerilla-Kriegführung im Stile der Tupamaros ablehnte, bestand sie nichtsdestoweniger auf der Notwendigkeit eines von der Arbeiterklasse durchgeführten „irregulären Krieges" - mit anderen Worten, der Anwendung der Guerilla- Orientierung auf das spezifische Milieu, in dem die OTR arbeitete. Die Frage war nicht abstrakt, da die OTR zu ihren Mitgliedern Führer von Bergarbeitern zählte, für die „irreguläre" Scharmützel mit der Polizei und der Armee eine

periodische Erscheinung waren, so wie auch frühere Miristas und Tupamaros.

Im Gegensatz dazu hatte der *Spartacist* schon 1967 geschrieben: „Die Guerilla-Orientierung ist heute eine kleinbürgerliche Reaktion auf die Abwesenheit und Verzögerung der proletarischen Revolution.“

Ausgehend von diesen zwei scharf von einander abweichenden Positionen wurden während des Zeitraums von Monaten mehrere lange Diskussionen geführt, in deren Verlauf die OTR ihre frühere Position aufgab. Das Gerede von einem von der Arbeiterklasse durchgeführten irregulären Krieg als einer strategischen Perspektive war eine Anpassung an die „trade-unionistischen“ Konzeptionen einer halb proletarischen Schicht; die Schlüsselsektoren der industriellen Arbeiterklasse können die Fabriken und Bergwerke nicht aufgeben und in die Berge gehen, ohne die Basis ihrer sozialen Macht zu verlieren und es schließlich zu riskieren, ihren proletarischen Klassencharakter zu verlieren, indem sie zu Räuberbanden degenerieren und/oder sich mit der Bauernschaft vermischen (tatsächlich geschah dies mit den kommunistischen Arbeitern und Parteikadern in China, die aus den Küstenstädten flohen, um 1927-31 einen ländlichen Guerillakrieg zu initiieren). So unterstützte Lenin 1906—07 die Partisanentaktik im Kontext dessen, daß er die Niederlage der Revolution von 1905 für nur vorübergehend hielt; niemals sah er in der Guerillakriegsführung mehr als eine defensive Maßnahme — eine Form des strategischen Rückzuges - oder ein Hilfsmittel der regulären Kriegsführung, jedoch gewiß nicht eine Strategie für die sozialistische Revolution.

Überdies trachteten die Bolschewiki stets danach, militärische Kämpfe durch die Massenorganisationen der Arbeiterklasse (Sowjets, Fabrikkomitees) zu organisieren, in denen die Partei eine führende Rolle spielte oder zu spielen versuchte, im Gegensatz zu der guevaristischen Konzeption, einen Guerillakampf mittels einer „professionellen“ Partei/Armee zu führen - siehe z. B. die argentinische ERP (Revolutionäre Volksarmee, ein Arm der guevaristischen PRT).

Guerilla-orientierte Konzeptionen hatten ein reales soziales Gewicht in der chilenischen „extremen Linken“, vor allem durch den Einfluß des MIR, aber auch unter pseudotrotzkistischen Gruppen, die diesem hinterherliefen. Der MIR z. B. rief *nicht* die Gewerkschaften oder später die *cordones industriales* (regionale Koordinationsgremien von Fabrikkomitees) auf, die Arbeiter zu bewaffnen; stattdessen schuf er, in der Praxis dem MIR untergeordnet, künstliche „*comandos comunales*“, die zum Training ausgewählter Arbeiter im Gebrauch von Waffen dienen sollten.

Folglich blieb das industrielle Proletariat, als der Putsch des 11. September kam, ohne Waffen. Viele versammelten sich in ihren Fabriken, um auf die seit langem von den kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaftsbürokraten versprochenen Waffen zu warten, die nie eintrafen. Und trotz einiger Bravado-Akte von MIR-Führern, die höchstens schwerere Angriffe gegen einige der kämpferischen Sektoren der Arbeiterklasse nach sich zogen, blieb deren Grundeinstellung die, die Machtübernahme des Militärs als einen unvermeidlichen Schritt anzusehen, der dem Guerillakrieg den Weg ebnen würde. Die OTR, wie alle guerilla-orientierten Tendenzen, sah keine Möglichkeit, dem Pinochet-Putsch Widerstand entgegenzusetzen; aber im Gegensatz zu denen, die den dezimierten MIR wieder aufzubauen versuchen, oder der VS-Mehrheit, die hauptsächlich damit beschäftigt ist, ihre eigenen Spuren der totalen Unterstützung der guevaristischen Guerilla-Orientierung zu verwischen, hat die OTR die Lehren der schrecklichen Niederlage, verkörpert durch den 11. September, gezogen und den Bankrott der Guerilla- Orientierung in allen ihren Varianten festgestellt.

Leninismus in der Organisationsfrage

In Chile mangelte es der OTR an leninistischen Organisationsnormen: Die Definition der Mitgliedschaft war fließend, sie hatte nie eine Parteipresse, usw. Diese organisatorische Praxis wurde natürlich im Exil beibehalten, wo der Druck zur „Zirkelmentalität“ unter einer kleinen Schar von Überlebenden enorm ist. Nichtsdestoweniger führte dies ebenso natürlich zu internen Kämpfen und Spaltungen, als sich die OTR hin zur Spartacist Tendenz entwickelte. Dergleichen positiv zu überwinden ist jedoch schwierig, ohne die leninistischen Normen des demokratischen Zentralismus zu assimilieren und anzuwenden. Derartige Probleme, die sich um die Organisationsfrage drehten, haben die Fusionsperspektive, für die im Mai 1976 gestimmt wurde, verzögert und die Aktivität der OTR im letzten Jahr dominiert. Wie Genosse Ivan von der OTR es in einem Bericht auf einem Treffen des Internationalen Exekutivkomitees (IEK) der iST auf dem europäischen Sommerlager 1977 ausdrückte:

> „Die OTR war eine Organisation im Exil und zerstreut über verschiedene Kontinente. Im Grunde genommen gab es zwei Fragen, die die Fusion im letzten Jahr aufhielten. Eine war die organisatorische Schwäche der OTR, was uns im Ergebnis zu einem föderalistischen Konzept der Partei führte. Aber dahinter verbarg sich ein wichtiger politischer Punkt, und das war die Hoffnung der OTR, ihre zentralen Kader in Europa zu vereinigen. Wir hatten Schwierigkeiten, eine gemeinsame Entwicklung all unserer Kader zu bewerkstelligen, und der europäische Kern besaß keine leninistische Methodologie, dieses Problem zu überwinden.“

Die Schwierigkeiten konzentrierten sich auf den Kampf, ein wichtiges Mitglied der Führung zu gewinnen, das erst kürzlich aus Lateinamerika eingetroffen war. Dieser Genosse, der sich von einer Basis abgeschnitten und auf die begrenzten Möglichkeiten eines kleinen trotzkistischen Propagandakerns beschränkt fand, begann Pläne hinter dem Rücken der Führung zu schmieden; Akte organisatorischer Indisziplin

führten bald zu einem politischen Bruch, als er es unterließ, das Programm der OTR öffentlich zu verteidigen und damit explizite Instruktionen brach. Der OTR- Berichterstatter stellte in seiner Präsentation vor dem IEK fest:

„... in letzter Analyse präsentierte Genosse Blas eine Perspektive, die dem Trotzkismus und Lenins Konzept der Partei direkt entgegengesetzt war. Er stützte sich dabei auf das Argument, daß wir unsere Verbindungen zu den Massen nicht abbrechen können... Somit war er in der Praxis unfähig, die Gesamtheit des kommunistischen Programms zu verteidigen... Vor ein paar Tagen kam dieser Prozeß zu einem Ende, und wir führten in ausführlicher Konsultation mit der Internationale die Aufgabe durch, Blas' Abspaltung vom trotzkistischen Programm formal festzustellen... Für die OTR war es die wichtigste Sache in diesem Prozeß, daß der Bruch mit unserer Methodologie der Vergangenheit den Weg zum genuinen Leninismus eröffnet hat."

Eine Iskra-Perspektive

Die OTR sieht sich nun gewaltigen Möglichkeiten und einer ungeheuren Verantwortung gegenüber. Die chilenische bonapartistische Junta, die sich auf keine relevante soziale Basis stützen kann, und die nicht in der Lage gewesen ist, das Proletariat zu atomisieren und seine Führung auszulöschen, wird nicht einmal so lange währen wie die brasilianische Militärdiktatur. Unterdessen sind diejenigen Linken, die das Blutbad überlebt haben, in großer Zahl in Exilzentren in Europa und Lateinamerika konzentriert. Hier gibt es eine außergewöhnliche Chance, zehntausende von ergebenen Militanten zu erreichen und die Linke zu einer ernsthaften Bilanz des Allende-Regimes herauszufordern. Dies ist keineswegs auf chilenische Militante begrenzt, da die chilenische Erfahrung von globaler Bedeutung und *entscheidend* für die Bildung revolutionärer Kerne in den Schlüsselländern Lateinamerikas ist.

Unter denen, die die Volksfront, den Stalinismus, die Sozialdemokratie und die Guerilla-Orientierung ablehnen, könnte ein Dialog initiiert werden. Durch polemischen Kampf kann die Überlegenheit der trotzkistischen Analyse und des trotzkistischen Programms demonstriert und der Kern einer authentisch leninistischen Propagandagruppe geschaffen werden. Er kann so politisch für die Aufgaben vorbereitet werden, denen er gegenübersteht, wenn die blutige Pinochet-Diktatur fällt und die entscheidende Schlacht zum Losreißen der Arbeiterklasse von den Reformisten im Ernst beginnt.

Schlüssel zu dieser Perspektive ist die Frage der Presse. In der kommenden Periode wird die spanische Ausgabe des *Spartacist*, die dreimal im Jahr veröffentlicht werden soll und deren Redaktion jetzt auch Mitglieder der OTR angehören, das Hauptorgan der OTR sein. Es ist als eine Publikation vom *Iskra*-Typ gedacht, die Polemiken und Analysen einschließt, die sich primär an das lateinamerikanische Exilmilieu und die Linken der iberischen Halbinsel richten. Zusätzlich wird die OTR auf die Schaffung einer eigenen Presse hinarbeiten, anfänglich in bescheidenem Format und mit unregelmäßiger Erscheinungsweise. Gleichzeitig mit dem Kampf für den Aufbau einer soliden, politisch homogenen Organisation im Exil wird natürlich die schwierige Aufgabe zu lösen sein, diese Presse in die Hände von Militanten der chilenischen Arbeiterklasse gelangen zu lassen, wo immer sie sich auch befinden.

Bei all dem, kann die OTR, als ein Mitglied einer demokratisch-zentralistischen internationalen Tendenz, auf die volle politische Unterstützung und alle mögliche materielle Hilfe der iST rechnen. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die Anforderungen enorm und unsere gesamten Ressourcen qualitativ inadäquat sind. Die OTR besitzt jedoch wichtiges politisches Kapital, das nicht unterschätzt werden kann: anders als die Pseudotrotzkisten repräsentiert sie eine kohärente und kraftvolle politische Linie, die sich auf tragische Weise durch das Ableben der tödlichen Volksfront als richtig erwiesen hat. Das Chile von 1970-73 hatte einen Einfluß auf die gegenwärtige revolutionäre Generation, der dem des spanischen Bürgerkrieges in den späten dreißiger Jahren ähnelt. Die Trotzkisten, die warnten, daß die Volksfront zu einem blutigen Massaker führt, sollten ihre Warnungen denen ins Bewußtsein bringen, die sie damals nicht beachteten, aber wünschen, die Wiederholung des Massenmordes zu vermeiden. Doch Mandels VS und das „Organisationskomitee" der OCI *verstecken* ihre chilenischen Gruppen statt sie in den Vordergrund zu rücken - und mit guten Gründen: *sie sprachen keine solchen Warnungen aus, sondern rechtfertigten stattdessen die Volksfront.*

Als eine politische Kraft sind wir noch schwach, aber die Stärke und die vielversprechende Perspektive der OTR-iST-Fusion - das, was diese Kämpfer befähigt hat, die gewaltige Kluft vom Pabloismus, Workerismus und Guevarismus zum Trotzkismus zu überwinden - kommt von der Tatsache, daß sie auf fundamentalen marxistischen Grundsätzen beruht: „Der Realität in die Augen schauen; nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen; die Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter es auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; ehrlich sein in kleinen Dingen wie in großen; sein Programm auf die Logik des Klassenkampfes gründen; kühn sein, wenn die Stunde zum Handeln schlägt — dies sind die Grundregeln der Vierten Internationale."

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 172, 9. September

Kommunistische Korrespondenz



Chilenische OTR fusioniert mit der Spartacist Tendenz!



Klassenopposition gegen Volksfronten - Schlüssel zur revolutionären Umgruppierung

Das europäische Sommerlager der internationalen Spartacist Tendenz (iST) von 1977 war Zeuge einer Fusion, die einzigartig in der Geschichte der iST und von beträchtlichem Interesse und erheblicher Bedeutung für vorgebliche Revolutionäre in der ganzen Welt ist. Die Organización Trotskista Revolucionaria (OTR) Chiles vereinigte sich mit der iST und ist nun die chilenische sympathisierende Sektion unserer gemeinsamen Tendenz. Wenn die Proportionen auf beiden Seiten auch bescheiden sind, so stellt diese Fusion doch eine schlagende Bestätigung und Bekräftigung von Trotzkis Bemerkung aus dem Jahre 1935 dar: „Tatsächlich ist die Volksfront die *Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie* für diese Epoche." Die OTR und die iST trafen sich auf dem gemeinsamen Terrain der militanten Klassenopposition gegenüber bürgerlicher Volksfrontpolitik; die Generalisierung dieser Position proletarischer Unabhängigkeit in bezug auf alle wesentlichen internationalen Fragen machte den Zusammenschluß unserer Kräfte möglich und notwendig.

Für die iST markiert diese Fusion eine bedeutsame Ausweitung unserer Tendenz, da es sich um die erste lateinamerikanische Sektion handelt. Sie bereichert somit eine Bewegung, die zuvor auf Sektionen in Nordamerika, Europa und Australien/Neuseeland beschränkt war, um einen wichtigen Stamm an revolutionärer Erfahrung. Für die OTR bedeutet sie die Überwindung nationaler Isolation und den Höhepunkt ihres vor einigen Jahren begonnenen Bruchs mit dem Pabloismus. An ihrer Opposition zur Volksfrontpolitik festhaltend, haben sich die chilenischen Genossen als fähig erwiesen, ihre vergangenen Ansichten im Lichte internationaler Erfahrung neu zu beurteilen - eine unerläßliche Voraussetzung für die Assimilation des authentischen Leninismus. Für jeden, der mit dem kontinentalen Provinzialismus und dem zügellosen Revisionismus des lateinamerikanischen „Trotzkismus" vertraut ist, ist dies eine kolossale Leistung.

Aber die zentrale Bedeutung der OTR/iST-Fusion liegt in der Unterstreichung der trotzkistischen Analyse der Volksfront, der Bindung der werktätigen Massen an „progressive" Kapitalisten - oder selbst an „Phantom"- Kapitalisten (Provinzanwälte und ähnliche Typen), wenn die tatsächliche Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit ihre Existenz auf den Triumph der nackten Reaktion gesetzt hat - mit dem Zweck der Verhinderung eines proletarischen Aufstandes gegen alle Flügel des bürgerlichen Klassenfeindes. Ein in tragischer Weise prophetischer Artikel im *Spartacist* im Herbst 1970 warnte, daß die Allende-Koalition, die Unidad Populär (UP), eine Volksfront wie die in Frankreich, Spanien und Chile während der dreißiger Jahre sei, der sich proletarische Revolutionäre entschieden widersetzen müßten. Zu einer Zeit, als Millionen von Chilenen und Linken in der ganzen Welt den *„companero presidente"* beglückwünschten und von einem zweiten Kuba sprachen, schrieben wir: „Jede ‚kritische Unterstützung' für die Allende-Koalition ist Klassenverrat und bereitet eine blutige Niederlage für die Arbeiterklasse vor, sobald die nationale Reaktion, unterstützt vom internationalen Imperialismus, dazu vorbereitet ist."

In Wirklichkeit war diese scheinbar prophetische Erklärung weder besonders originell, noch brauchten wir dazu ei-

Fortgesetzt auf Seite 20